



Hochschule für Angewandte
Wissenschaften Hamburg
Hamburg University of Applied Sciences

Fakultät Wirtschaft und Soziales
Department Soziale Arbeit

Sinti und Roma als konstruierte Gruppe

Eine Analyse des EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020 und dessen Auswirkungen auf praktische Sozialarbeit

Bachelor-Thesis

Abgabedatum: 10.07.2013

Vorgelegt von: Jenny Omar

Matrikelnummer: 1986556

Erstprüfer: Prof. Dr. Simon Güntner

Zweitprüferin: Prof. Dr. Olga Burkova

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	3
1 Methodische Herangehensweise.....	7
1.1 Qualitative Inhaltsanalyse.....	7
1.2 Experteninterview.....	9
2 Zum Begriff „Sinti und Roma“	10
3 Grundzüge konstruktivistischer Ideen	12
3.1 Die Idee des „Doing social problems“.....	13
3.2 Die Konstruktion der Sinti und Roma als soziales Problem	15
4 Analyse des EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020	19
4.1 Inhalt des EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020.....	20
4.2 Politischer und institutioneller Hintergrund des EU-Rahmens für nationale Strategie- gen zur Integration der Roma bis 2020.....	22
4.3 Gesellschaftliche Annahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma...24	
4.3.1 Menschenbild.....	26
4.3.2 Problemstellungen, aus denen sich die Maßnahme entwickelt hat.....	28
4.3.3 Partizipation von Betroffenen.....	30
4.4 Kritische Zusammenfassung.....	33
4.5 Von der Politik zum Projekt.....	36
5 Analyse des Projekt „Beruflich aktiv“.....	37
5.1 Inhalt und institutioneller Hintergrund	38
5.2 Problemstellungen, aus denen sich die Maßnahme entwickelt hat.....	40
5.3 Menschenbild/Kultur.....	42
5.3.1 Selbstbild.....	41
5.3.2 „ Sinti-Sein“ als identitätsbildende Konstruktion.....	43
5.4 Partizipation.....	45
5.5 Kritische Zusammenfassung.....	45
6 Analyse des Projekts „Zukunft statt Herkunft“.....	47
6.1 Inhalt und institutioneller Hintergrund.....	47
6.2 Gesellschaftliche und politische Annahmen.....	48
6.2.1 Menschenbild.....	50

6.2.2 Problemstellungen, aus denen sich die Maßnahme entwickelt hat.....	52
6.2.3 Partizipation.....	53
6.2.4 „Kultur“ der Roma.....	54
6.3 Kritische Zusammenfassung.....	56
7 Fazit.....	57

Literaturverzeichnis

Eidesstaatliche Erklärung

Anhang

Einleitung

Die Gruppe der Sinti und Roma bildet die größte ethnische Minderheit in Europa. „Innerhalb der EU leben knapp 6,2 Mio. Roma, in Europa 11 Mio; [...]“ (Heuss 2011, S. 23). Die Zahlen über die Anzahl der Sinti und Roma sind nur zu schätzen, da in keinem Land in der EU – außer Irland – bei Bevölkerungserhebungen nach der Ethnie gefragt wird (vgl. Mappes-Niedeck 2012, S. 150).

„In Deutschland gibt es ca. 70.000 Sinti und Roma, welche die deutsche Staatsbürgerschaft haben und als nationale Minderheit anerkannt sind.“ (Jocham 2010, S. 50). Darüber hinaus schätzt das Open Society Institute, dass ca. 100.000 Roma ohne die deutsche Staatsbürgerschaft in Deutschland leben (vgl. Open Society Institute 2002, S. 61). Die soziale Lage und Interessen von Sinti und Roma mit deutscher Staatsbürgerschaft, Roma, die in den 50er und 60er Jahren als Gastarbeiter aus Ex-Jugoslawien gekommen sind, Flüchtlingen aus dem Kosovo oder Roma, die in den letzten Jahren aus Rumänien nach Deutschland migriert sind, unterscheiden sich in verschiedensten Punkten. So leben Roma aus dem Kosovo oder anderen südosteuropäischen Ländern häufig nur mit einem Duldungsstatus in Deutschland und sind von Abschiebung bedroht, während viele Sinti schon lange als deutsche Staatsbürger in Deutschland leben (vgl. ebd.).

Der Erste, der über „Zigeuner“ schrieb, war der Historiker Grellmann, der mit seiner eigenen ethnographischen Konstruktion der „Zigeuner“, die aus Indien gekommen sind, mit homogenen Sitten und homogener Sprache den Grundstein für die heutige Konstruktion „des Zigeuners“ gelegt hat. Mit dieser Beschreibung prägte er zwei Jahrhunderte die Wissenschaft über „Zigeuner“ (vgl. Koch 2005, S. 19). Während der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland war der führende „Zigeunerforscher“ der Psychiater Robert Ritter. In den Jahren 1938 bis 1945 wurden Sinti und Roma klassifiziert, als minderwertig und asozial stigmatisiert und aufgrund dessen zwangssterilisiert und massenhaft in Konzentrationslager deportiert. Im Laufe der 1980er Jahre begann im Rahmen der Bürgerrechtsbewegung eine Kritik an den ethnisierenden Zuschreibungen und es entstand eine Sensibilität für die Ausgrenzung und Diskriminierung, die damit einherging (vgl. ebd., S. 52).

Der Massenmord an den Sinti und Roma während der Nationalsozialistischen Herrschaft, der unter dem aus dem Romanes stammendem Begriff Porrajmos (dt. das Verschlingen) gefasst wird, wurde erst 1982 von der Bundesregierung unter Helmut Schmidt als Völkermord an der Roma-Minderheit anerkannt (vgl. Weisz 2011, S. 5 i. V. m. Jocham 2010, S. 44)

Die Erfahrungen des Völkermords der deutschen Sinti und Roma unter der nationalsozialistischen Herrschaft prägen die Sinti- und Roma-Familien bis heute und machen einen großen Teil ihrer Identität aus (vgl. Unicef 2007, S. 4).

In Deutschland leben Sinti und Roma im Gegensatz zu anderen nationalen Minderheiten ohne einen regionalen Schwerpunkt (vgl. Mihok/Widmann 2005, S. 56). Sinti und Roma sind auch in hierzulande schwerwiegenden Benachteiligungen um gleichen Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt oder Gesundheitsversorgung ausgesetzt. Die Ursachen hierfür liegen in den schlechten Lebensverhältnissen sowie der Armut, aber auch in Diskriminierung und Marginalisierung. Zudem besucht eine überproportional hohe Anzahl von Sinti- und Roma-Kindern eine Förderschule unabhängig davon ob es ihren intellektuellen Fähigkeiten entspricht (vgl. Open Society Institute 2002, S. 50). Der Zugang zu legalen Arbeitsverhältnissen ist den meisten Sinti und Roma zusätzlich durch alltägliche Diskriminierung erschwert (vgl. ebd. S. 51). Oft leben Sinti und Roma in Wohnungen, deren Ausstattung unterhalb der üblichen Standards liegen (vgl. ebd. S. 52). Wenngleich es hierzu keine verlässlichen Daten gibt, ist nach Aussagen von Menschenrechts- und Roma-Organisationen die gesundheitliche Lage bei dieser Gruppe im Vergleich zur Gesamtbevölkerung oft schlechter. Dieses liegt in Deutschland möglicherweise auch darin begründet, dass von Seiten der Sinti und Roma-Gemeinschaften aufgrund der medizinischen Versuche während des Nationalsozialismus ein großes Misstrauen gegenüber gesundheitlichen Einrichtungen besteht. Aber auch in anderen europäischen Staaten sind Roma häufig Diskriminierung durch medizinisches Personal ausgesetzt (vgl. Agentur für Grundrechte 2009, zit. Nach Europäische Union 2011, S. 8).

Nach Umfragen des Bielefelder Emnid-Instituts, aus den 60ern und 90er Jahren sind Sinti und Roma die unbeliebteste Bevölkerungsgruppe in Deutschland (vgl. Jonuz 2009, S. 9). Diese Feindlichkeit gegenüber Sinti und Roma, der so genannte Antiziganismus, ist ein Produkt historisch gewachsener gesellschaftlicher Prozesse (vgl. Jocham 2010, S. 58). Der heutige Antiziganismus richtet sich aber nicht gegen die abstrakte Konstruktion des „Zigeuners“, sondern gegen Sinti und Roma, die diesem Bild gar nicht entsprechen (Jocham 2010, S. 54).

Die Ressentiments gegen Zigeuner entstehen folglich nicht wirklich durch die Sinti und Roma selber, sondern zeigen „das vorherrschende Bewusstsein der Gesellschaft, die die durch diese Ideologien geprägten Bilder [...] des Zigeuners auf die Angehörigen [...] [der] Minderheit[en] projiziert.“ (Solms 2007, S. 9).

Besonders prekär ist die Lage der Roma in den südosteuropäischen Staaten. Seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten hat sich besonders die Lage der Roma verschlechtert, denn von den sozialen Problemen waren zunächst die sowieso schon gesellschaftlich

schlechter gestellten Roma betroffen (vgl. Heuss 2011, S. 21f.) Zur Veränderung dieser Bedingungen hat die Europäische Kommission im April 2011 Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Roma in Europa in einem „EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020“ beschlossen. Dieser EU-Rahmen bildet die Grundlage für nationale Strategien der Mitgliedsstaaten zur Verbesserung der Lage der Sinti und Roma im eigenen Land. Die darin festgelegten Ziele umfassen die Verbesserung des Zugangs der Sinti und Roma zu Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge, Wohnraum und grundlegenden Diensten (vgl. ebd., S. 8). Deutschland hat im Dezember 2011 auf nationaler Ebene bereits Integrierte Maßnahmenpakete zur Integration und Teilhabe der Sinti und Roma in Deutschland geschaffen. Auch wenn es bis jetzt in den deutschen Bundesländern und Kommunen noch keine Strategien zur Integration von Sinti und Roma gibt (eine Ausnahme bildet dabei Berlin), gibt es in vielen Kommunen sozialarbeiterische Projekte wie z.B. im Bildungsbereich, die speziell Sinti und Roma ansprechen. Oft werden diese Projekte aus dem Europäischen Sozialfond oder dem Europäischen Integrationsfond finanziert.

So hat das Thema der Integration der Roma durch die EU-Osterweiterung um die neuen EU-Staaten Rumänien und Bulgarien in der Europäischen Union und ihren Mitgliedsländern an Relevanz gewonnen, da in diesen Ländern eine hohe Anzahl von Roma in prekären Lebensbedingungen lebt. Simhandl spricht sogar von einer Trias der „Erweiterung nach Osteuropa, der dortigen Lage der Roma und einer vorrangig ebenfalls in dieser Region georteten Diskriminierung“ (Simhandl 2007, S. 284).

Auch hat die befürchtete Migration in die westlichen Mitgliedstaaten mit dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens dazu geführt, dass in der EU eine Notwendigkeit zur Verbesserung der Lage der Roma in Europa gesehen wird und die Integration der Roma damit auf die politische Agenda gesetzt wurde (vgl. Heuss 2011, S. 22).

In der vorliegenden Abschlussarbeit wird bezugnehmend auf das Konzept des „Doing social problems“ nach Groenemeyer die Hypothese entwickelt, dass die Einteilung von Menschen in die Gruppe der Sinti und Roma als Problemkategorie funktioniert und die Herstellung einer solchen Gruppe von der Mehrheitsgesellschaft konstruiert ist. Ausgehend von dieser Hypothese soll der Frage nachgegangen werden, wie sich diese Konstruktion der Sinti und Roma als soziales Problem auf Sozialpolitik und auf die konkrete Sozialarbeit auswirkt. Untersucht werden soll diese Frage mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse des „EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020“ der Europäischen Kommission sowie der „Nationalen Strategien zur Integration der Roma: erster Schritt zur Umsetzung des EU-Rahmens“. Ausgehend von den Ergebnissen der Analyse des EU-Integrationsrahmens wird

ein Mitarbeiter des Projekts „Beruflich aktiv mit Sinti und Roma“ der „Großstadt Mission Hamburg“ befragt, um so die Auswirkungen auf Sozialarbeit zu untersuchen. Zusätzlich wird das Konzept eines sozialarbeiterisches Projekts für Roma-Frauen sowie ein Interview mit einer in diesem Projekt tätigen Sozialpädagogin vor dem Hintergrund der Fragestellung betrachtet. Hierbei soll herausgestellt werden, welche Auswirkungen die Konstruktion eines sozialen Problems auf sozialpolitischer Ebene auf die konkrete soziale Arbeit hat.

1 Methodische Herangehensweise

Im Folgenden wird erläutert, wie zur Beantwortung der Forschungsfrage vorgegangen wird. Es soll hierbei unterschiedliches Material ausgewertet werden; dabei handelt es sich um den „EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020“ der Europäischen Kommission sowie die Mitteilung der Europäischen Kommission „Nationale Strategien zur Integration der Roma: erster Schritt zur Umsetzung des EU-Rahmens“. Außerdem wird ein Experteninterview mit einem Sinto-Mitarbeiter des Projekts „Beruflich aktiv“ geführt. Zusätzlich wird das Konzept eines Projekts für Roma-Frauen und -Mädchen des Hamburger Vereins Karola untersucht sowie ein Experteninterview mit einer in diesem Verein tätigen Sozialpädagogin geführt. Hierzu wird zunächst die qualitative Inhaltsanalyse dargestellt sowie eine kurze Erläuterung der Erhebungsmethode beim Experteninterview gegeben. Daraufhin folgen kurze Erläuterungen zum Begriff „Sinti und Roma“. Anschließend wird aufbauend auf dem Konzept des „Doing social problems“ nach Groenemeyer, die Hauptthese dieser Arbeit entwickelt. Ausgehend von dieser These wird der „EU Rahmen zur Integration der Roma bis 2020“ unter verschiedenen Kategorien analysiert. Einige Ergebnisse der Analyse sollen dann aufgegriffen werden und der Umgang mit diesen in der praktischen Sozialarbeit am Beispiel von zwei sozialarbeiterischen Projekten untersucht werden.

Abschließend soll im Fazit eine Zusammenfassung und Bewertung der beiden Analysen stattfinden.

1.1 Qualitative Inhaltsanalyse

Um sich der Fragestellung anzunähern, wird im Folgenden mit der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring gearbeitet. Die qualitative Inhaltsanalyse dient der Auswertung und Analyse von Texten und Dokumenten jeder Art, sodass sich diese Methode gut zur Auswertung der genannten Dokumente eignet. Die Auswertung der Texte erfolgt auf der Basis

von Auswertungskategorien. Sie ist theoriegeleitet, d.h. die zuvor entwickelte Theorie bildet die Grundlage für die Auswertungskategorien (vgl. Meuser 2003, S. 90). Da die vorliegende Arbeit theoriegeleitet und nicht theoriegenerierend aufgebaut ist, ist eine qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring zu Untersuchung der Fragestellung passend.

Bei der qualitativen Inhaltsanalyse wird der auszuwertende Text immer „innerhalb seines Kontexts interpretiert“ (Mayring 2010, S. 48). Das Vorgehen der qualitativen Inhaltsanalyse ist systematisch und regelgeleitet, orientiert sich jedoch immer an dem zu untersuchenden Material. Es gibt aber konkrete Schritte, an denen sich die Analyse immer orientiert. Zunächst sollte das zu untersuchende Material festgelegt werden sowie eine Analyse der Entstehungssituation durchgeführt werden. Anschließend sollte die Richtung der Analyse festgelegt werden. Hier gibt es verschiedene Möglichkeiten, was der/die Forschende erfahren will (vgl. ebd., S. 49).

In der vorliegenden Arbeit soll etwas über einen bestimmten Gegenstand ausgesagt werden, konkret der Umgang mit der Kategorie Sinti und Roma betrachtet werden. Vor Beginn der Analyse muss die konkrete Fragestellung mit Anbindung an den theoretischen Kontext festgelegt und gegebenenfalls Unterfragen gebildet werden. Anschließend wird ein Kategoriensystem entwickelt. Die einzelnen Kategorien können während der Analyse überarbeitet und rücküberprüft werden (vgl. Mayring 2010, S. 49). „Das Kategoriensystem stellt das zentrale Instrument der Analyse dar“ (Mayring 2010, S. 49). Bei der anschließenden Analyse kann auf verschiedene Formen der Interpretation zurückgegriffen werden; die Zusammenfassung, die Explikation und die Strukturierung. In der vorliegenden Arbeit soll die Technik der Zusammenfassung und der Strukturierung verwendet werden. Ziel der Zusammenfassung ist es „[...] durch Abstraktion einen überschaubaren Corpus zu schaffen, der immer noch Abbild des Grundmaterials ist“ (Mayring 2010, S. 65). Mithilfe der Strukturierung wird das Material unter bestimmten Kriterien analysiert.

Zur Analyse des vorliegenden Materials wurden verschiedene Kategorien gebildet. So sollen die Materialien auf das Menschenbild, die Problemstellungen sowie die Partizipation der Zielgruppe hin betrachtet werden. Zudem werden die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen betrachtet. Hier wird beim Integrationsrahmen zwischen politischem und institutionellem Hintergrund sowie gesellschaftlichen und politischen Annahmen, die dem Dokument zu Grunde liegen, unterschieden.

1.2 Methodik und Datenerhebung des Experteninterviews

Ziel des Interviews ist es herauszufinden, welche Auswirkungen die Schwerpunktsetzung der EU auf die Förderung der Integration der Roma auf sozialarbeiterische Einrichtungen hat. Auch die Einschätzung der ExpertInnen darüber, ob bei es bei den TeilnehmerInnen ein Bewusstsein gibt, Roma oder Sinti zu sein, ist von Interesse. Die Untersuchungsfrage ist notwendig, um die benötigten Informationen aus dem Gespräch zu extrahieren (vgl. Gläser/Laudel 2010, S. 62). Die Informationen des Interviews werden in die Analyse der Projekte miteinbezogen.

Im Nachfolgenden soll die Methodik des Interviews kurz erläutert werden.

Qualitative Interviews bieten die Möglichkeit, die Interpretation sozialer Sachverhalte durch ExpertInnen im zu untersuchenden Feld zu rekonstruieren. Im Gegensatz zur quantitativen Forschung kann durch qualitative Interviews die Komplexität sozialer Prozesse dargestellt werden, ohne sie direkt zu reduzieren (vgl. Flick 2002, S. 20 ff.). Ein Experteninterview ist somit bei der Beantwortung der Forschungsfrage eine wichtige Ergänzung. Über das, was genau Inhalt und Ziel eines Experteninterviews ist, gibt es in der Wissenschaft verschiedene Meinungen. Im Folgenden wird sich an dem so genannten systematisierenden Experteninterview orientiert, das an Informationsgewinnung interessiert ist (vgl. Bogner/Menz 2009, S. 64 f.).

Sind die InterviewpartnerInnen „Menschen, die über besonderes Wissen über ein den Interviewer interessierendes soziales Phänomen verfügen [...]“ (Gläser/Laudel 2009, S. 137), spricht man von einem Experteninterview. In diesem Interview können die ExpertInnen dem/der WissenschaftlerIn ihr spezifisches Wissen über das soziale Feld zur Verfügung stellen, sodass soziale Situationen durch dieses ExpertInnenwissen rekonstruiert werden können (vgl. Gläser/Laudel 2010, S. 12 f.). Die ExpertInnen sind damit „nicht das 'Objekt' unserer Untersuchung [...], sondern sie sind bzw. waren 'Zeugen' der uns interessierenden Prozesse.“ (Gläser/Laudel 2010, S. 12). Anzumerken ist an dieser Stelle, die Schwierigkeit der Bewertung der Qualität von ExpertInnen in Experteninterviews. Denn die Interviewer können die Qualität nicht bewerten, da sie die Experten ja gerade aufgrund ihres Sonderwissens befragen, über das sie selber nicht verfügen (vgl. Gläser/Laudel 2009, S. 150). Auch muss vorausgesetzt werden, dass die Befragten die Fragen verstehen und die/der InterviewerIn die Antworten der Befragten versteht (vgl. Gläser/Laudel 2010, S. 39).

Befragt wurde im Folgenden ein Sinto-Mitarbeiter des Projekts „Beruflich aktiv mit Sinti und Roma“. Da das Projekt durch den Europäischen Sozialfond (ESF) finanziert wird und dieses

eines der Finanzierungsinstrumente ist, das im EU-Integrationsrahmen vorgesehen wird, können durch das Interview wichtige Informationen zur Beantwortung der Forschungsfrage gewonnen werden. Zudem wird die Diplompädagogin Frau B. des Interkulturellen Frauen- und Mädchentreffs Karola e.V. interviewt. Da der Verein schon längere Zeit mit Roma-Frauen arbeitet und dieser außerdem in letzter Zeit auf finanzielle Projektförderung durch EU-Mittel zurückgegriffen hat, kann durch dieses Expertinneninterview die Arbeit um wichtige Aspekte aus der Praxis ergänzt werden.

Das Interview wurde mit einem vorstrukturierten Interviewleitfaden entwickelt (s. Anhang), es handelt sich dabei folglich um ein halbstandardisiertes Interview, da die Fragen der Interviewerin vorgegeben sind, der/die Befragte jedoch keine vorgegebenen Antwortmöglichkeiten hat. Der Leitfaden dient im Gespräch als Richtschnur. Es können aber auch ergänzende Fragen gestellt werden und die Reihenfolge der Fragen ist nicht verbindlich (vgl. ebd. S. 42). Zur Vorbereitung des Interviews war die Analyse des EU Integrationsrahmens, ein Studium der Literatur sowie die Analyse des Konzepts des Projekts „Zukunft statt Herkunft“ notwendig.

Das geführte Interview wurde mit einem digitalen Aufnahmegerät aufgenommen und die wichtigsten Informationen extrahiert. Auch für die Auswertung des Experteninterviews wurde die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring verwendet.

Zu beachten ist außerdem, dass jede empirische Untersuchung selektiv ist, da sie nur einen Teil der Informationen bearbeitet. Eine vollständige Bearbeitung ist zum einen nicht sinnvoll, aber auch kaum möglich (vgl. Gläser/Laudel 2010, S. 62).

2 Zum Begriff „Sinti und Roma“

Wenn von Sinti und Roma die Rede ist, ist es notwendig, auf die Schwierigkeiten dieser Bezeichnung hinzuweisen. Unter diesem Begriff ist eine ethnische Minderheit, die sich unter anderem durch ihre Heterogenität ausprägt, zusammengefasst. Bis in die 90er Jahre wurden Menschen dieser Minderheit von der Mehrheitsgesellschaft als „Zigeuner“ bezeichnet. Dieser Begriff wurde mittlerweile jedoch „aufgrund seines diskriminierenden Charakters“ (Jocham 2010, S. 41) als politisch unkorrekt deklariert (vgl. ebd., S. 41). Die Bezeichnung „Zigeuner“, so einige Autoren, wird auf das griechische Wort „Athinganoi“ zurückgeführt, was „die Unberührbaren“ bedeutet. Es könnte jedoch auch sein, dass der Begriff von der türkischen Sekte der Athinganen kommt. In Deutschland ist der Begriff „Zigeuner“ durch die Vernichtung von Sinti und Roma während des Dritten Reiches besonders negativ belastet (vgl. Haupt 2006, S.

28). Während der Zentralrat „Deutsche Sinti und Roma in Deutschland e.V.“ sich klar gegen die Verwendung dieses Begriffs ausspricht, wird er von der Sinti Allianz Deutschland e.V. immer noch verwendet (vgl. ebd., S. 41). Die Schwierigkeit der Bezeichnung Sinti und Roma besteht allerdings darin, dass unter dieser mehr Gruppen, wie z. B. die Manouches, die Calé in Spanien oder die Lovara, als nur die Gruppe der Sinti und die Gruppe der Roma subsumiert werden (vgl. Mihok / Widmann 2010, S. 56). Eine Klassifizierung der verschiedenen Gruppen, die unter dem Begriff der Roma zusammengefasst werden, ist schwer möglich (vgl. Mappes-Niedeck 2012, S. 131f). Außerdem entsteht durch diese Begriffsbezeichnung der Eindruck, dass sich hinter dem Begriff Sinti und Roma zwei zwar verschiedene, aber immer noch homogene Gruppen befinden und es wird nicht deutlich, dass zwischen der Gruppe der Sinti und der Gruppe der Roma große Unterschiede bestehen und auch diese Gruppen nicht homogen sind (vgl. ebd., S. 57 f.). Sinti und Roma waren nie eine homogene Gesellschaft oder ein Volk (vgl. Mappes-Niedeck 2012, S. 166), denn „Roma bildeten auch in den besseren Tagen nie eine Gesellschaft, einen Funktionszusammenhang also, der unterschiedliche soziale Positionen und Lebenslagen anzubieten hatte“ (Mappes-Niedeck 2012, S. 166)

Die zusammenfassende Bezeichnung „Sinti und Roma“ gibt es nur in Deutschland, außerhalb Deutschlands spricht man nur von Roma. Unter dieser Bezeichnung sind aber auch alle Subgruppen der Minderheit gefasst. In Deutschland kann dadurch eine Abgrenzung der Roma zu den schon seit 600 Jahren auf dem Gebiet Deutschlands lebenden Sinti gemacht werden (vgl. Jocham 2010 S. 46) und es wird gleichzeitig auf die gemeinsame Geschichte im Nationalsozialismus und die gemeinsamen Interessenvertretungen verwiesen (vgl. Alte Feuerwache 2012, S. 16). Mit Sinti sind die seit langem als deutsche Staatsbürger in Deutschland lebende Minderheit und mit den Roma, diejenigen, deren Vorfahren in der Mitte des 19. Jahrhunderts nach Deutschland kamen, gemeint. Auch unter den Roma selbst gibt es keine einheitlichen Gruppenbezeichnungen und es gibt Gruppen, die sich untereinander nicht als Zugehörige der Roma akzeptieren (vgl. Haupt 2006, S. 26).

Die EU spricht in ihren Papieren immer von den Roma und verwendet ihn „als Oberbegriff für Gruppen von Menschen mit mehr oder weniger ähnlichen kulturellen Besonderheiten, z.B. Sinti, Fahrende, Kalé, Gens du voyage, egal ob diese sesshaft sind oder nicht.“ (Europäische Kommission 2011, S. 2). Es werden nach den Begriffen der Europäischen Union also unter dem Begriff Sinti und Roma verschiedene Gruppen zusammengefasst, wenngleich dabei anerkannt wird, dass die kulturellen Gemeinsamkeiten nur in manchen Teilen bestehen.

Es wird demnach deutlich, dass nicht klar sein kann, wer überhaupt gemeint ist, wenn von *den* Sinti und Roma die Rede ist, da unter diesem Begriff eine Vielzahl von verschiedenen ethni-

schen Gruppen zusammengefasst sind, die sich „aufgrund der erheblichen sprachlichen, kulturellen, sozialen und historischen Unterschiede [...]“ (Jocham 2010, S. 48) unterscheiden.

Denn

„[...] der Versuch, eine (nationale) kulturelle Identität zu etablieren, stützt sich auf ein gemeinsames Konstrukt. Die tatsächliche Heterogenität der einzelnen Gruppen muss sehr eingeschränkt, dabei bestimmte kulturelle Aspekte ausgewählt und in einer vermeintlichen homogenen Identität festgeschrieben werden.“ (Koch 2005, S. 53).

Eine gemeinsame Identität besteht jedoch höchstens aus gemeinsamen Ausgrenzungserfahrungen, die wohl die meisten Sinti und Roma in Europa gemacht haben (vgl. Alte Feuerwache 2012, S. 16).

3 Grundzüge konstruktivistischer Ideen

Im Folgenden soll basierend auf einem konstruktivistischen Verständnis von Wirklichkeit die Hauptthese dieser Arbeit entwickelt werden.

Ein konstruktivistischer Blick in der Sozialarbeitswissenschaft ist hilfreich, da er den Blick für die verschiedenen Konstruktionen von Realität öffnet (vgl. Hejl 1997, S. 111), was gerade in der praktischen Arbeit mit KlientInnen essentiell ist, um der Gefahr zu entgehen, diese nicht mehr als Subjekte, sondern als Objekte zu betrachten. Außerdem bietet der Konstruktivismus SozialarbeiterInnen die Möglichkeit, eigene Vorstellungen und Theorien immer wieder zu hinterfragen (vgl. Kleve 2003, S. 22). Bei der Betrachtung der Sinti und Roma kann ein konstruktivistischer Blick helfen, die unterschiedlichen und sehr heterogenen Menschen hinter dem scheinbar homogenen Merkmal Roma bzw. Sinti zu erkennen. Somit können auch sozialpolitische oder sozialarbeiterische Maßnahmen der Gefahr entgehen, diese auf möglicherweise gesellschaftlich konstruierten Vorannahmen aufzubauen. Zudem könnten konstruktivistische Theorien hilfreich sein, wenn man den sozialpsychologischen Mechanismus der „self-fulfilling prophecy“ (Watzlawick) als Erklärung verwenden möchte, um die Gruppe der Sinti und Roma zu dekonstruieren (vgl. Siebert 2002, S. 14).

Den Gedanken, dass Menschen die Wirklichkeit niemals wirklich erkennen können, weil das Sehen von Wirklichkeit immer eine Konstruktion durch das Selbst ist, hatten die Vorsokratiker schon im 5. Jahrhundert v. Chr. (vgl. Glaserfeld 1997, S. 9). So formulierte Descartes: „Fraglos sicher ist für den Erlebenden nur, dass er erlebt“ (zit. Nach Glaserfeld 1997, S. 10).

Der Konstruktivismus basiert damit auf der Annahme, dass es keine Subjekt Objekt Trennung gibt, da „wir uns als lebende und psychische Systeme ausschließlich auf unsere eigenen Zustände (z.B. Sinneswahrnehmen [...]) beziehen können, ist alles, was wir wahrnehmen und für objektiv halten, eine durch uns konstruierte Wirklichkeit“ (Kleve 2003, S. 17 f). Der sys-

temtheoretische Konstruktivismus im Gegensatz zu früheren Konstruktivismustheorien bezieht sich damit nicht nur auf das menschliche Bewusstsein, sondern auf alle Systeme (vgl. ebd., S. 20). Systeme sind damit selbstreferentiell, sie können sich also immer nur auf sich selbst beziehen. Die Abbildung von Realität geschieht dabei auf zwei Ebenen; zum einen erzeugt jedes Individuum eigene Wirklichkeiten, zum anderen „sind Wirklichkeiten soziale, d. h. milieuspezifische, geschlechtsspezifische, berufsspezifische Konstrukte“ (Siebert 2005, S. 31). Denn Menschen sind auf der einen Seite selbstreferentielle Systeme, auf der anderen Seite sind sie aber zugleich soziale Systeme als Mitglieder von verschiedenen Gesellschaften (vgl. ebd.).

Das bedeutet folglich, dass es uns nicht möglich ist eine objektive Realität wahrzunehmen, sondern wir diese immer wieder durch uns selbst erzeugen (vgl. ebd.)¹. Dieses beschreibt das Konzept der Autopoiesis (dazu näher: Kleve 2003, S. 40 ff). Auf diese konstruktivistischen Ideen bezieht sich auch die Idee des „Doing social problems“, auf das im Folgenden genauer eingegangen werden soll.

3.1 Das Konzept des „Doings social problems“

„Ein soziales Problem existiert für eine Gesellschaft nicht, wenn es von dieser nicht als existierend anerkannt wird.“ (Blumer 1975, zit. nach Nowak 1988, S. 26).

Das Konzept des „Doing social problems“, das im Folgenden kurz dargestellt wird, beschreibt die Prozesse der Konstruktion sozialer Probleme (vgl. Groenemeyer, S. 15). Grundlage dieses Konzepts ist die Annahme, dass soziale Probleme erst dadurch existent werden und damit gesellschaftlich und politisch relevant, wenn bestimmte Sachverhalte durch gesellschaftliche und politische Akteure als problematisch thematisiert werden und es im Folgenden gelingt, diese Sachverhalte in gesellschaftlich anerkannten Problemdiskursen zu etablieren (vgl. ebd., S. 19 f.). Prägend für die konstruktivistische Sicht auf Grundlage des symbolischen Interaktionismus auf die Entstehung sozialer Probleme war der amerikanische Soziologe Herbert Blumer (vgl. Schetsche 1996, S. 6). Indem „Regeln, Techniken und Wissen auf individuelle Problemlagen und Problemsituationen angewendet werden“ (Groenemeyer 2010, S. 17), werden aus individuellen Problemen soziale Probleme, über deren Notwendigkeit der Bearbeitung gesellschaftlicher Konsens herrscht. Durch Stellen oder Organisationen, die dieses Problem bearbeiten, wird ein als problematisch konstruierter Sachverhalt dann auch institutionell

¹ Anmerkung: Im Sinne eines konstruktivistischen Wissenschaftsverständnisses sind natürlich auch die vorliegenden Annahmen nur *ein* Abbild der Wirklichkeit und damit ein Versuch der Autorin Realität abzubilden, ohne damit einen Anspruch auf Wahrheit zu erheben.

verankert (vgl. Groenemeyer 2010, S. 14). Für die Organisationen, die sich mit der Bearbeitung solcher sozialen Problemlagen beschäftigen, bilden die öffentlichen Diskurse hierüber gleichzeitig die Legitimation ihrer Arbeit (vgl. ebd., S. 29). Voraussetzung für die Institutionalisierung ist, dass der Sachverhalt als gesellschaftlich relevant und bearbeitungswürdig angesehen wird (vgl. ebd., S. 15). Das heißt folglich auch, dass die Wissenschaft die sozialen Probleme auch erst dann „entdeckt“, wenn die Öffentlichkeit sie zu diesen deklariert hat (vgl. Schetsche 1996, S. 7).

Erst durch gesellschaftliche Aushandlungsprozesse werden bestimmte gesellschaftliche Sachverhalte oder Verhaltensweisen als Abweichung von der Norm und als veränderbar deklariert und damit als soziale Probleme definiert. So hat sich das, was ein soziales Problem ist, auch historisch verändert, so wurden einige Thematiken, die heute als problematisch definiert werden, wie z.B. Diskriminierung von Frauen, früher als unproblematisch gesehen (vgl. ebd.). Denn dass „bestimmte gesellschaftliche Bedingungen und individuelle Verhaltensweisen problematisch sind, ist keineswegs evident“ (ebd., S. 18). Dies hängt mit Veränderung von Normalitätserwartungen zusammen und damit auch mit der Problematisierung bestimmter Sachverhalte durch gesellschaftliche Akteure (vgl. ebd. S.23). Zur gesellschaftlichen Etablierung sozialer Probleme muss diese folglich an konsensuelle Werte und Normen anschließen und damit zentrale Werte verletzen (vgl. ebd., S. 24). Gesellschaftliche Werte und Normen haben sich historisch jedoch immer verändert, sodass sich damit verändert hat, was als „unnormal“ und damit als bearbeitungswürdig angesehen wird.

Die Konstruktion sozialer Probleme ist damit auch immer Moralarbeit. Die Einordnung von Betroffenen in bestimmte Kategorien sozialer Probleme durch die Erstellung bestimmter Diagnosen bedeutet auch immer nicht nur ein Werturteil des Handelns, sondern auch ein Werturteil über die Person. Diese Einordnung in bestimmte Problemkategorien, wie z. B. eine psychiatrische Diagnose, fällt damit ein Urteil über die Person, was meist negativ konnotiert ist (vgl. Groenemeyer 2010, S. 46).

Die Etablierung sozialer Probleme erfolgt durch verschiedene gesellschaftliche und politische Felder und auf verschiedenen Ebenen. So sind gesellschaftliche Akteure oder die Medienberichterstattung wichtig für die Konstituierung in der öffentlichen Wahrnehmung. Gleichzeitig müssen diese Problemkategorien aber auch im politischen Prozess und im Bereich der Organisation sozialer Arbeit etabliert werden (vgl. Groenemeyer, S. 20 f.). Zu beachten ist außerdem, dass soziale Probleme immer in Interaktion mit den Beteiligten produziert werden, denn wenn Betroffene nicht die der Problemkategorie entsprechenden Symptome oder Schwierigkeiten schildern, können soziale Probleme auch nicht etabliert werden (vgl. ebd., S. 46).

Zur erfolgreichen Etablierung sozialer Probleme in Gesellschaft und Politik müssen diese an bereits bestehende Problemkategorien anschließen, denn wenn es keine bereit vorhandenen Ansprechpartner und Institutionen gibt, ist die Schaffung eines völlig neuen Rahmens schwierig (vgl. Groenemeyer 2010, S. 33).

Soziale Probleme sind also gesellschaftliche Konstrukte und bilden bestimmte gesellschaftliche Diskurse ab. Diese Konstruktion sozialer Probleme ist eingebettet in einen bestimmten institutionellen Kontext und wird durch diesen strukturiert.

3.2 Die Konstruktion der Gruppe der Sinti und Roma als soziales Problem

Die im Folgenden ausgeführte These stützt sich auf die vorangegangene Darstellung der Konstruktion sozialer Probleme und geht davon aus, dass es nicht *die* Gruppe der Sinti und Roma gibt, sondern, dass Sinti und Roma als soziales Problem definiert werden, das durch gesellschaftliche und politische Aushandlungsprozesse konstruiert wird. Dieser These nach ist der Begriff Sinti und Roma folglich gleichzusetzen mit dem Begriff des sozialen Problems, das sich auf antiziganistische Vorurteile bezieht.

Aus dem, was eigentlich die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit in Deutschland und Europa beschreibt, hat sich die Problemkategorie Sinti und Roma herausgebildet. Die ethnische Zugehörigkeit stellt also per se eine Problemkategorie dar, mit der bereits verschiedene Schwierigkeiten wie Bildungsferne, Schulabsentismus oder Kriminalität assoziiert werden (vgl. Jocham 2010, S. 58). Außerdem wird auch davon ausgegangen, dass sich die Gruppe der Sinti und Roma aus einer gemeinsamen homogenen Kultur konstituiert, obwohl die Traditionen und kulturellen Hintergründe von Sinti und Roma, wie bereits in Punkt 2.1 dargestellt, sehr heterogen sind.

Die Annahme, dass es *die* Sinti und Roma gibt, basiert folglich auf zwei Grundannahmen; Zum einen wird vermutet, dass alle Sinti und Roma einen gemeinsamen kulturellen Hintergrund haben und zum anderen stellt die Bezeichnung eine konstruierte Problemkategorie dar.

Wie oben ausgeführt, erfolgt die Etablierung sozialer Probleme durch die Thematisierung dieser in verschiedenen gesellschaftlichen Feldern. Bei dem aktuellen „Problem Sinti und Roma“ haben verschiedene gesellschaftliche Akteure, wie die Soziale Arbeit oder die Massenmedien zur Etablierung dessen beigetragen. Eine besondere Relevanz erhält das Problem Sinti und Roma durch die Beschäftigung und Entwicklung von Programmen durch die EU.

Den Anfang der Entdeckung der Sinti und Roma als Zielgruppe Sozialer Arbeit und als problematisch gesehene Gruppe begann in den 60er und 70er Jahren, was auch in den Publikatio-

nen aus dieser Zeit deutlich wird (vgl. Danckwortt 1998, S. 89). Zum einen entwickelte sich im Zuge der 68er ein Bewusstsein darüber, dass auch Angehörige gesellschaftlich benachteiligter Gruppen eine Chance erhalten sollten (vgl. ebd.), zum anderen bildeten sie ein – dem Geist der Zeit entsprechend – idealisiertes Gegenbild zu der immobilen Lebensweise der Mehrheitsgesellschaft. In dieser Zeit entwickelte sich folglich das Bild der Sinti und Roma als eine benachteiligte Gruppe, die in irgendeiner Weise zu bearbeiten sei (vgl. ebd.). Eine Etablierung des Problems im gesellschaftlichen Diskurs erfolgt zudem durch Interessengruppen. So hat der Zentralrat der deutschen Sinti und Roma zu dieser Etablierung beigetragen, indem er z. B. die Anerkennung des Massenmords im Dritten Reich gefordert hat (vgl. Weisz 2011, S. 5). Diese Emanzipationsbewegung der Sinti und Roma soll aber natürlich in keinem Fall negativ betrachtet werden.

Auch konnte an einen bereits bestehenden gesellschaftlichen antiziganistischen Diskurs in der Gesellschaft angeknüpft werden, in dem „Zigeuner“² und die damit verbundenen Stereotypen sowieso als Problem gesehen werden (vgl. End 2011, S. 15). Verstärkt wird dieses durch Massenmedien, die immer wieder über die angeblichen Problematiken mit Sinti und Roma berichten (Jocham 2010, S. 68 f.) Es handelt sich mit damit dabei nicht um eine Erstproblematisierung des Problems.

Zudem kann an die Normalitätserwartung und zentralen Werte unserer Gesellschaft angeknüpft werden, da oft davon ausgegangen wird, dass Sinti und Roma gegen die sozialen Normen und Strukturen verstoßen würden (vgl. End 2011, S. 17). Unterstützt wird dieses noch von der Vorstellung Sinti und Roma würden umherfahren und keinen festen Wohnsitz haben. Sie stehen damit im Gegensatz zu dem Bild eines „normalen Bürgers“, der einen festen Wohnsitz hat und einer regelmäßigen Arbeit nachgeht (vgl. ebd.).

Eine wichtige Rolle bei der Institutionalisierung von Problemen spielt zum einen die Dramatisierung des Sachverhalts und zum anderen die genaue Definition von Betroffenheit. Durch die Dramatisierung z. B. in den Massenmedien, kann die Konstruktion eines „typischen Bildes“ von Sinti und Roma erfolgen (vgl. Groenemeyer 2010, S. 42 f.). Bei dem „Problem Sinti und Roma“ werden Berichte über die Bevölkerungsgruppe oft sehr überspitzt dargestellt (vgl. Jocham 2010, S. 68). Ein extremes Beispiel hierfür ist das international kontrovers diskutierte und viel kritisierte Titelthema der Schweizer Weltwoche im April 2012. In diesem Bericht mit dem Titel „Die Roma kommen: Raubzüge in die Schweiz“ wurde über den wachsenden Kriminaltourismus, vorwiegend von Roma-Clans, in die Schweiz berichtet (vgl. Sueddeutsche.de 2012). Hier wurde also über das Problem der herrschenden Armut unter Roma in einer äu-

² Der Begriff „Zigeuner“ wird in diesem Zusammenhang nur verwendet, um die negative Bezeichnung durch viele Menschen in der Bevölkerung deutlich zu machen.

berst dramatisierenden Weise berichtet. Die Definition von Betroffenheit ergibt sich aus der Zugehörigkeit zur Gruppe der Sinti und Roma. Der Frage, wer diese Zugehörigkeit bestimmt, soll im Laufe dieser Arbeit nachgegangen werden.

Soziale Probleme stellen „kulturelle Deutungsmuster dar, die aus drei Dimensionen bestehen“ (Groenemeyer 2010, S. 29): aus dem Diagnoserahmen, dem Lösungsrahmen und dem Mobilisierungsrahmen. Der Diagnoserahmen „des sozialen Problem Sinti und Roma“ stellt die Identifikation problematischer Sachverhalte, die es zu verändern gilt, dar (vgl. ebd.). Betrachtet man den EU Rahmen zur Integration der Roma bis 2020 liegen die Probleme in den Bereichen Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheit, in denen eine Verbesserung der Chancen für Sinti und Roma hergestellt werden soll (vgl. Europäische Kommission 2011, S. 5). Die Ursachen für die Probleme der Sinti und Roma werden zum einen in den Individuen selbst und in Deutschland auch oft in der Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaft gesehen, die sich aber auch wiederum daraus ergibt, dass Sinti und Roma bestimmte Verhaltensweisen zugeschrieben werden. So werden Sinti und Roma oft per se als arbeitsscheu oder bildungsfern gesehen (vgl. Mappes-Niedeck 2012, S. 13 ff).

Der Lösungsrahmen wird von den Zuständigkeiten für Roma-Politik, von Sozialarbeit und (europäischer) Sozialpolitik gebildet, die davon ausgehen, dass durch Empowerment und Stärkung der Schlüsselqualifikation Bildung ein Rahmen zur Integration der Roma geschaffen werden kann.

Der Problemcharakter entsteht besonders durch die prekären Lebensverhältnisse (vgl. Open Society Institute 2002, S. 50 f.) der Sinti und Roma, aber auch durch die den Sinti und Roma zugeschriebene Andersartigkeit, die in vielen europäischen Gesellschaften schon immer als Problem gesehen wurde (vgl. End 2011, S. 15). In Deutschland wird die Dringlichkeit des Problems durch die in den Medien verbreitete Annahme, die Zahl der Roma-Flüchtlinge aus Südosteuropa würde ständig steigen, deutlich gemacht (vgl. Heuss 2011, S. 22). Dieses geschieht im so genannten Mobilisierungsrahmen (vgl. Groenemeyer 2010, S. 29).

Ein weiterer Aspekt, der bei der Konstruktion der Gruppe der Sinti und Roma eine Rolle spielt, ist die Kulturalisierung der Probleme der Sinti und Roma. Es wird also davon ausgegangen, dass die Probleme wie Kriminalität oder die Anpassungsschwierigkeiten in dem Wesen der Sinti und Roma begründet liegen (vgl. Solms 2007, S. 15). Vielen gelten die Sinti und Roma als fremdes, umherziehendes Volk, „die eben so sind“. Dieses „so sein“ impliziert dann gleichzeitig, dass es schwierig ist, die Probleme, mit denen Sinti und Roma zu kämpfen haben, ändern zu können (vgl. Thelen 2005, S. 60).

Ein Grund dafür ist unter anderem, dass es keine schriftlichen Zeugnisse über die Roma gibt und man somit immer auf Fremdbilder zurückgreifen musste. Diese sind in den europäischen Gesellschaften vielfach vorhanden und Jahrhunderte lang verwurzelt (vgl. Solms 2007, S. 122). Damit ist die Vorstellung, wer die Sinti und Roma sind, schon immer von der Vorstellung derjenigen geprägt, die keine Sinti und Roma sind.

Es wird also deutlich, dass die Gruppe der Sinti und Roma eine durch die Mehrheitsgesellschaft konstruierte Gruppe ist, die oft als Problemkategorie gleichgesetzt wird, die sich aus antiziganistischen Vorurteilen zusammensetzt.

Die im vorangegangenen ausgeführten Thesen machen deutlich, dass Sinti und Roma möglicherweise eine schwierig zu fassende Zielgruppe für die Soziale Arbeit sind. Denn zur Reduktion von Komplexität werden auch im professionellen Rahmen der Sozialarbeit Klassifikationen genutzt, um handlungsfähig zu bleiben (vgl. Uhlmann 1989, S. 221). Wenn sich nun aber diese Klassifikationen auf eine Gruppe beziehen, die es nur durch die Konstruktion durch die Mehrheitsgesellschaft gibt, könnte dieses problematisch in der Arbeit mit diesen Menschen werden.

Konstruktionen können aber durchaus auch positive Effekte haben, da sie der Inhalt von Identitätsbildung sind und damit möglicherweise im Sinne des Empowerment die Betroffenen stärken. Bildung von Identitäten läuft immer über Konstruktionen ab und kann sehr sinnstiftend sein (vgl. Hahn 2011, S. 120 f.).

4 Analyse des EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020

Durch jahrelange Bürgerrechtsarbeit von Seiten der Roma-Verbände beschäftigen sich mittlerweile fast alle europäischen Institutionen mit dem Thema der Integration der Roma in Europa (vgl. Heuss 2011, S. 22). „Im KSZE-Abschlussdokument von Kopenhagen wurde 1990 erstmals in einem internationalen Dokument die Lage der Roma [...] erwähnt, nicht zuletzt aufgrund intensiver Lobbyarbeit einzelner Roma-Vertreter³“ (Heuss 2011, S. 22). In diesem Dokument wird die menschliche Dimension der KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) festgehalten und Hass, Fremdenhass, Diskriminierung usw. verurteilt. An dieser Stelle werden auch explizit die besonderen Problematiken „der Roma (Zigeuner)“ (OSCE 1990, S. 25) anerkannt (vgl. OSCE 1990, S. 25). Interessant ist, dass hier noch der Begriff „Zigeuner“ neben der politisch korrekten Bezeichnung Roma verwendet wird. Der Europarat⁴ beschäftigt sich schon seit den 1970-er Jahren mit dem Thema Roma und hat seit den 1990er Jahren eine Expertenkommission zur Lage von Roma in Europa gebildet (vgl. ebd., S. 22). Spätestens seit der EU-Osterweiterung im Jahre 2004 hat das Thema Roma in der Europäischen Union eine sehr hohe Relevanz. So wurden beispielsweise im Rahmen der Roma-Dekade von 2005–2015 zahlreiche Resolutionen zum Schutz von Roma erlassen, die aber weitgehend wirkungslos blieben (vgl. Kropp/Striethorst 2011, S. 2). Anfangs spielte bei den Maßnahmen für Roma die Angst vor großen Migrationsströmen aus Südosteuropa in den Westen eine Rolle, heute ist man aber der Auffassung, dass die Lage vieler in der EU lebenden Roma nicht mit den Menschenrechten vereinbar sei und deswegen Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Roma zu ergreifen seien (vgl. ebd.). Bei der Verbesserung der Lage der Roma in der EU hat das Europäische Parlament von jeher eine große Rolle gespielt. Bereits 2008 hatte dieses die Europäische Kommission aufgefordert, einen verbindlichen Integrationsrahmen für die Roma in Europa vorzulegen (vgl. ebd., S. 2).

Im April 2011 hat die EU-Kommission unter der Ratpräsidentschaft Ungarns den EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020 beschlossen. Er soll eine Ergänzung und Verstärkung von Rechten und Maßnahmen zur Gleichstellung sein (vgl. Eu-

³ Im Zusammenhang mit der Europäischen Union wird im Folgenden die Bezeichnung „Roma“ verwendet, da dieses der übliche Begriff innerhalb des europäischen Kontextes ist.

⁴ Der Europarat mit Sitz in Straßburg ist ein internationales, europäisches Forum für Debatten zu europäischen Fragen wie Menschenrechten oder Demokratie. Eines seiner Hauptanliegen ist die Förderung der Integration der Roma in Europa und die Bekämpfung der Ausgrenzung. So macht der Europarat schon seit 40 Jahren auf die Diskriminierung von Roma in den europäischen Ländern aufmerksam und ist damit einer der Vorreiter auf diesem Gebiet. Der Europarat bringt unter anderem auch Infoblätter heraus, um über die Lage der Roma zu informieren. (vgl. und siehe dazu weiter Europarat 2013).

ropäische Kommission 2011, S. 4). Ziel dieses Rahmens ist die Verbesserung der Situation der Roma auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene bis zum Jahr 2020 (vgl. ebd., S. 1). Die Verantwortung für die Durchsetzung der Roma-Politik sieht die EU jedoch bei den Mitgliedsstaaten, da die EU rechtlich gar nicht in der Lage ist sozialpolitische Maßnahmen durchzuführen (vgl. Kropp, Striethorst 2011, S. 2).

Im Folgenden soll dieser EU-Rahmen auf verschiedene Aspekte hin analysiert werden. Zunächst soll dabei der Inhalt und der institutionelle Hintergrund des EU-Rahmens kurz skizziert werden. Anschließend wird auf den gesellschaftspolitischen und institutionellen Hintergrund eingegangen sowie auf das Menschenbild, die Problemstellungen, aus denen sich die Maßnahme entwickelt hat und auf die Partizipation von Betroffenen. Zusätzlich zum EU-Rahmen wird auch das Papier „Nationale Strategien zur Integration der Roma: Erster Schritt zur Umsetzung des EU-Rahmens“ der Europäischen Kommission betrachtet. In diesem erstattet die Europäische Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat über die nationalen Roma-Strategien Bericht und bewertet diese (vgl. Europäische Kommission 2012, S. 4).

4.1 Inhalt des EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020

Das Ziel des EU-Rahmens für nationale Strategien der Roma bis 2020 ist die Verbesserung der Roma auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene. Wichtig scheint besonders die Integration durch wirtschaftlichen Erfolg der Roma. Betont wird auch der wirtschaftliche Nutzen der wirtschaftlichen Integration der Roma durch steuerliche Vorteile, wie vermehrte Einkommenssteuer und geringere Ausgaben bei den Sozialleistungen. Auch wird das Potential der vielen jungen Roma als zukünftige Arbeitnehmer, deren Bildung gestärkt werden muss, aufgezeigt (vgl. Europäische Kommission 2010, S. 2 ff.).

Die These hierbei ist, wenn die Roma wirtschaftlich erfolgreicher sind, wird es auch mehr Offenheit gegenüber den Roma in der Mehrheitsbevölkerung geben und damit der soziale Zusammenhalt in den einzelnen Mitgliedsländern gestärkt. Zudem sieht der EU-Rahmen zur Erarbeitung der Maßnahmen einen intensiven Dialog und Zusammenarbeit mit den Roma-Organisationen vor, um Maßnahmen zu entwickeln, die direkt auf die Bedürfnisse von Roma abgestimmt sind (vgl. ebd.).

Die Mitgliedstaaten sollen die Mindeststandards in vier Kernbereichen abdecken: Dem Zugang zu Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge und Wohnraum (vgl. ebd., S. 5).

Der verbesserte **Zugang zu Bildung** umfasst verschiedene Ziele, das niedrigste Ziel hierbei ist, dass alle Roma-Kinder die Grundschule abschließen. Zudem soll der Zugang zu hochwertiger Bildung erleichtert und die Diskriminierung von Roma im Schulsystem verringert werden, um so die Chancen auf höhere Schulabschlüsse zu erhöhen. Auch soll der Zugang zum zweiten Bildungsweg für z.B. Schulabbrecher erleichtert werden. Gewährleistet werden soll dieses bspw. durch die Ausbildung und den Einsatz von SchulmediatorInnen, intensiver Elternarbeit oder der Vernetzung von Schulen und außerschulischen Organisationen (vgl. ebd., S. 6).

Die Erwerbsquote von Roma, besonders bei den Frauen, ist deutlich niedriger als beim übrigen Teil der Bevölkerung, sodass der **Zugang zur Beschäftigung** zur Erhöhung der Erwerbsquote verbessert werden soll. Erreicht werden soll dies z. B. durch den Abbau von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und die Gewährung von Kleinstkrediten. Auch soll im öffentlichen Sektor auf die Einstellung von Roma besonderen Wert gelegt werden (vgl. ebd., S. 7).

Die, im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung, schlechtere Gesundheitssituation, soll durch den verbesserten **Zugang zur Gesundheitsfürsorge**, an den Durchschnitt angeglichen werden. Dabei soll vor allem der Zugang zu Gesundheitsprävention und sozialen Dienste für Kinder und Frauen erleichtert, auf die Einbindung von Roma in die Gesundheitsversorgung hingearbeitet und die Diskriminierung im Gesundheitswesen verringert werden (vgl. ebd., S. 8).

Ein weiterer Baustein zur Integration der Roma ist der **Zugang zu Wohnraum und grundlegenden Diensten**. So soll die Diskriminierung beim Zugang zu Wohnraum abgebaut und Wohnungsmaßnahmen in Antisegregationsmaßnahmen eingegliedert werden. Zudem muss die Versorgung mit den öffentlichen Versorgungsnetzen wie Strom, Wasser, Gas sichergestellt werden (vgl. ebd., S. 8).

Auch wenn die Kommission deutlich macht, dass eine Finanzierung durch EU-Mittel alleine nicht zu den gewünschten Ergebnissen führen kann, ist es den Staaten aber möglich, Mittel der Europäischen Union, insbesondere der Strukturfonds und des Europäischen Landwirtschaftsfonds abzurufen (vgl. Europäische Kommission, S. 10). „Im Rahmen des Europäischen Sozialfonds standen für den Zeitraum 2007-2013 insgesamt 9.6 Mrd. EUR für Maßnahmen zur Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Integration benachteiligter Menschen - u. a. der marginalisierten Roma - zur Verfügung; [...]“ (Europäische Kommission 2011, S. 10).

Auch sollen die Mitgliedsstaaten auf Instrumente wie das Progress-Mikrofinanzierungsinstrument zurückgreifen, mit dem Kleinunternehmern Mikrokredite gewährt werden können (vgl. ebd., S. 11).

4.2 Politischer und institutioneller Hintergrund des EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020

Im Folgenden soll nun der politische und institutionelle Hintergrund des Integrationsrahmens der EU skizziert werden. Die Analyse der Entstehung eines Dokuments stellt einen wichtigen Schritt in der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring dar. So müssen zur Einordnung des Integrationsrahmens in einen größeren Zusammenhang, die Ziele und Hintergründe betrachtet werden, die bei der Entstehung eine Rolle gespielt haben.

Grundlage der europäischen Roma-Politik ist Art. 19 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), die Richtlinie 2000/43/EG zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse und die Richtlinie 2000/78/EG zur Gleichbehandlung im Bereich der Beschäftigung (vgl. Kropp, Striethorst 2011, S. 2). Der Art. 19 AEUV bevollmächtigt den Rat dazu, „Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen.“ In diesem wird folglich der Willen der EU ausgedrückt, Diskriminierung zu bekämpfen.

Mit der Verabschiedung des Integrationsrahmens macht die EU deutlich, dass Gesetze zur Bekämpfung der Diskriminierung alleine nicht ausreichen, um eine Gleichbehandlung zu gewährleisten. Der Integrationsrahmen soll damit den Mitgliedsstaaten helfen, Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Richtlinien und Gesetze zu entwickeln (vgl. Europäische Kommission 2012, S. 3). Durch die politische Entscheidung der EU ein Programm zur Integration der Sinti und Roma zu verabschieden, bekommt das Problem Roma den offiziellen Status eines bearbeitungswürdigen sozialen Problems (vgl. Groenemeyer 2010, S. 30). Dass die EU ein Programm zur Integration der Roma verabschiedet, macht deutlich, dass sie in der mangelnden Integration ein Problem sieht, damit steigt der „[...] hegemoniale[...] Anspruch von Legitimität und Richtigkeit des Problemdiskurses.“ (Groenemeyer 2010, S. 30).

Der EU-Rahmen bildet einen Teil der Strategie „Europa 2020“ und war ein besonderes Anliegen der ungarischen Ratspräsidentschaft. Die ungarische Ratspräsidentschaft, während der Amtszeit von Ungarns Präsident Victor Orban verfolgte dabei die Absicht des „Querschnitt-

prinzips“ (vgl. Ungarischer Vorsitz 2011) und hatte zum Ziel „die Aspekte der sozialen Integration der Roma auf allen Fachpolitikfeldern zur Geltung zu bringen [...]“ (Ungarischer Vorsitz 2011).

Auf der Grundlage eines Berichts der ungarischen Abgeordneten mit Roma-Wurzeln im Europäischen Parlament Livia Járóka hat das Europäische Parlament in einer Entschließung die Europäische Kommission dazu aufgefordert, Maßnahmen zur Förderung der Integration der Roma in Europa zu ergreifen. Daraufhin haben Experten der Europäischen Kommission die Kernbereiche, die wichtig für die Integration der Roma in Europa sind, herausgearbeitet. Wichtigste Triebkraft beim Vorantreiben und der Entwicklung des EU-Integrationsrahmens war der tschechische EU-Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit Vladimír Špidla. Während seiner Amtszeit von 2004-2010 hat er die Roma-Angelegenheiten der EU maßgeblich mitgeprägt. In Tschechien gibt es massive Spannungen zwischen den Roma-Gesellschaften und der Mehrheitsgesellschaft. Die neonazistische Partei hetzt gegen Roma, sodass es dem Sozialdemokraten während seiner Amtszeit ein wichtiges Anliegen war, die Integration der Roma in Europa voranzutreiben (vgl. Europäische Kommission 2011, S. 3 ff.). Unter Špidlas Nachfolger, dem ungarischen EU-Kommissar für Soziales, Beschäftigung und Integration László Andor, wurde der EU-Rahmen zur Integration der Roma bis 2020 verabschiedet.

Institutionell muss der EU-Integrationsrahmen auch vor dem Hintergrund der so genannten „gypsy industry“ betrachtet werden

So stellt der Journalist und langjährige Balkan-Korrespondent Mappes-Niedeck fest: „Seit Europa ein ‚Roma-Problem‘ diagnostiziert hat, fließt öffentliches Geld, und damit es fließen kann, muss es Institutionen geben, die es aufnehmen“ (Mappes-Niedeck 2012, S. 167). Die „gypsy industry“ wuchs massiv an, nachdem im Jahre 1999 der Europäische Rat auf seinem Gipfel in Tampere Empfehlungen für die Situation der Roma in den Kandidatenländern beschloss (Mappes-Niedeck 2012, S. 177).

In Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit ziehen die finanziellen Fördermittel von internationalen Organisationen Interessierte an, die hoffen mit den Mitteln aus z. B. dem Europäischen Strukturfond eine Organisation zu betreiben, die sich mit dem „Roma-Problem“ beschäftigt. In Bulgarien gibt es 3000 Roma-Organisationen, deren selbst gewählte Zuständigkeiten, je nach den geförderten Themen variieren (vgl. Mappes-Niedeck 2012, S. 168). Diese Menschen sind meist mehr daran interessiert, dass die Probleme weiter bestehen, um eine Finanzierung zu gewährleisten, als auf eine Beseitigung der Probleme hinzuarbeiten. „So wurden in Bulgarien

Schulassistenten ausgebildet, obwohl es gar keine Stellen für sie gab.“(Mappes-Niedeck 2012, S. 169). Die Notwendigkeit des Anpassens der zu bearbeitenden Themenbereiche, an das was politisch gerade finanziell gefördert wird, ist jedoch allgemein ein Problem in der Sozialen Arbeit. Die internationalen Geldgeber haben damit eine Struktur aufgebaut, die sich nur nach den Vorgaben und den damit verbundenen finanziellen Mitteln, richtet. Gäbe es diese finanziellen Mittel nicht mehr würde es auch die Organisationen nicht mehr geben (vgl. Mappes-Niedeck 2012, S. 171).

Diese Mechanismen, die aus der Entdeckung des „Roma-Problems“ entstanden sind, werden kritisch gypsy industrie genannt. Die gypsy industrie besteht nicht nur aus Roma-Organisationen, sondern auch aus Organisationen, die dem Interesse der Geldgeber folgen und deswegen Projekte speziell für Roma entwickeln (vgl. ebd., S. 168).

4.3 Gesellschaftliche Annahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma

Jedem politischen Dokument liegt ein bestimmtes Bild von Gesellschaft zugrunde. Das Bild von Gesellschaft kann darüber Aufschluss geben, welche Werte in dieser wichtig sind oder wie mit Minderheiten umgegangen wird. So kann bei der Frage nach der Konstruktion der Gruppe der Sinti und Roma auch das Bild von Gesellschaft wichtig sein.

Ein deutlicher Fokus des Integrationsrahmens liegt auf der Förderung des ökonomischen Potentials der Roma. Die wirtschaftliche Integration der Roma in Europa – so der Tenor – sei die Voraussetzung für die soziale Integration in die Gesellschaften der Mitgliedsstaaten, denn die wirtschaftliche Integration könne dazu führen, „dass die Gesellschaft den Roma mehr Offenheit entgegenbringt und so zu ihrer reibungslosen Integration in die Gemeinschaften, in denen sie leben, beitragen.“ (Europäische Kommission, S. 3). Zugleich wird der wirtschaftliche Nutzen, den die EU von der wirtschaftlichen Integration der Roma hätte, betont. So werde eine höhere Erwerbsquote zu einer besseren wirtschaftlichen Produktivität, geringeren Sozialhilfeleistungen und höhere Einkommenssteuereinnahmen führen. Die Höhe der geschätzten Steuermehreinnahmen wird mit 175 Mio. Euro für die einzelnen europäischen Mitgliedsstaaten sogar genau benannt (vgl. Europäische Kommission 2011, S. 3).

Hier zeigt sich deutlich folglich das Bild einer am ökonomischen Nutzen orientierten Gesellschaft, in der die wirtschaftliche Produktivität einen wichtigen Wert darstellt. Unter einem konstruktivistischen Gesichtspunkt betrachtet, funktioniert die Annahme, dass eine wirtschaftliche Integration gleichzeitig auch zur sozialen Integration und zum Abbau der Diskriminierung führt, nur unter der Prämisse eines marktwirtschaftlich orientierten Denkens. Im Um-

kehrschluss kann das bedeuten, dass Leistung und wirtschaftliche Produktivität nur konstruierte gesellschaftliche Werte sind und das Fehlen dieser Werte von Politik und im speziellen von Sozialpolitik als Problemkategorie etabliert wird.

Neben der wirtschaftlichen Integration soll auf eine Beendigung der Diskriminierung der Roma in Europa hingearbeitet werden. So schreibt die Europäische Kommission: „Zunächst müssen die Mitgliedsstaaten sicherstellen, dass die Roma nicht diskriminiert, sondern wie alle anderen EU-Bürger behandelt werden und alle in der EU- Grundrechtecharta verankerten Rechte gleichberechtigt ausüben können“ (Europäische Kommission 2010, S. 2). An dieser Stelle wird die Idee einer Gesellschaft, in der alle Bürger, jedenfalls soweit sie EU-Bürger sind, die gleichen Rechte haben, bekräftigt. „Das Prinzip der Nichtdiskriminierung wurzelt in einem liberalen Individualismus und trägt etwa auch die Idee eines freien, nicht diskriminierenden Wettbewerbs von Marktteilnehmern“, und entspricht dem Selbstverständnis der EU (Simhandl 2007, S. 348). Auch die Idee der Nichtdiskriminierung fußt damit auf ökonomischen Prinzipien. Es impliziert jedoch auch, dass wenn jeder Bürger frei am Markt agieren kann, es auch in der Verantwortung eines jeden Einzelnen liegt, wenn er an den Bedingungen des Marktes scheitert. Denn „[d]ie Legitimation sozialer Ungleichheit in Marktgesellschaften basiert vor allem auf einer Leitidee: Güter sollen nach meritokratischen Prinzipien [...] verteilt werden.“ (Groß/Lang 2012, S. 19). Da viele Roma gerade in Südosteuropa keine hohe berufliche Qualifikation haben, kann damit die Ungleichbehandlung in der Gesellschaft und z. B. auf dem Arbeitsmarkt gerechtfertigt werden. Wenn man bei dieser Denkweise bleibt, bedeutet dieses im Umkehrschluss, dass ihre Integration und die Gleichbehandlung nur dann erfolgreich sein kann, wenn Roma ihrer Qualifikation und Leistung nach auch dafür geeignet sind. An diesem Punkt wird das Konstrukt deutlich, dass Menschen nur dann gleichberechtigte Mitglieder einer Gesellschaft sein können, wenn sie nach marktwirtschaftlichem Verständnis produktiv sind. Hierfür müssen jedoch die Rahmenbedingungen geändert werden, was der EU Integrationsrahmen auch versucht.

Bei der Frage nach dem Bild von Gesellschaft ist es wichtig darauf aufmerksam zu machen, dass ein spezieller Integrationsrahmen für Roma benötigt wird. Denn theoretisch könnten Roma die allgemeinen Maßnahmen der Mitgliedstaaten z. B. zur Förderung der Bildung nutzen. Es scheint, als werde an dieser Stelle doch zwischen den Mehrheitsgesellschaften und den Anderen, in diesem Fall, den Roma unterschieden. Hieran wird deutlich, dass Sinti und Roma als Problemkategorie gesehen werden, für die spezielle Maßnahmen notwendig sind.

Auch wird an mehreren Stellen betont, dass es „eines Umdenkens der Mehrheitsbevölkerung sowie der Mitglieder der Roma-Gemeinschaften“ (Europäische Kommission 2012, S. 2) be-

darf. Auch wenn hier wieder die Unterscheidung zwischen Mehrheitsgesellschaft und den Anderen, den Roma, gemacht wird, schließt dieses doch ein gemeinsames Arbeiten an den Problemen der Roma mit ein. Die Ursachen für die Problematiken werden nicht vollkommen einseitig gesehen.

4.3.1 Menschenbild

Bei der Entwicklung von Maßnahmen für eine bestimmte Zielgruppe liegt diesen immer ein bestimmtes Menschenbild zugrunde. Im Folgenden soll das Menschenbild, das der EU-Rahmen vermittelt, analysiert werden. Die Kategorie „Menschenbild“ wurde gewählt, weil diese Aufschluss darüber geben kann, ob hinter der Bezeichnung Sinti und Roma wirklich Menschen stehen, oder ob es sich um eine reine Problemkategorie handelt.

Die Roma werden im EU-Rahmen als Europas größte Minderheit betrachtet und damit als ein einheitliches europäisches Volk (vgl. Europäische Kommission 2012, S. 2). Auch wenn einige Autoren die Roma als größtes europäisches Volk und Minderheit sehen, sind sie doch zuallererst Minderheiten in den Staaten, in denen sie leben und unterscheiden sich demnach in ihren kulturellen Mustern und Verhaltensweisen je nach geographischer Lage (vgl. Heuss 2011, S. 23).

Gleichzeitig wird festgestellt, dass die Roma eine diskriminierte und sozial sowie wirtschaftlich ausgegrenzte Gruppe sind, sie sind damit betroffen „von Rassismus, Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung und haben einen unzureichenden Zugang zur Gesundheitsfürsorge und zu angemessenem Wohnraum.“ (Europäische Kommission 2012, S. 2). Die Roma sind folglich aus Sicht der Europäischen Union eine hilfebedürftige Gruppe. So wird in der Einleitung innerhalb des ersten Absatzes des EU-Rahmens gleich zweimal das Wort „Opfer“ verwendet. Sie werden als „Opfer von Rassismus, Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung“ (Europäische Kommission 2012, S. 2) oder als „Opfer von Menschenhandel“ (Europäische Kommission 2012, S. 2) bezeichnet. Ein Opfer ist laut Duden „jemand, der durch jemanden, [...], Schaden erleidet“ (vgl. Duden 2012). Roma erscheinen in diesem Kontext also als passive diskriminierte Objekte, die Schaden erleiden. An dieser Stelle ist eine Änderung in dem sonst lange Zeit gängigen Bild „des Zigeuners“ zu beobachten, dem oft selbst die Schuld an sozialen Problemen wie Arbeitslosigkeit, Bildungsferne, Armut u. ä. zugeschrieben wurde (vgl. Jocham 2010, S. 59 f.). Bei einer Bezeichnung als Opfer liegt die Verantwortung für die schlechten Lebensverhältnisse nicht mehr alleine bei den Roma.

Es sollen aber nicht alle Roma integriert werden, sondern nur diejenigen, die Europäische Bürger sind (vgl. Europäische Kommission 2011, S. 2). Es leben aber auch Roma in Staaten wie bspw. Albanien oder der Türkei, die dann möglicherweise in einen europäischen Mitgliedsstaat immigrieren. Diese Gruppe gehört nicht zur Zielgruppe des Integrationsrahmens. Hier findet folglich eine Differenzierung anhand der Staatsbürgerschaft statt, wenngleich es hier nicht mehr um nationalstaatliche Staatangehörigkeiten geht, sondern um die Zugehörigkeit zur Europäischen Union.

Auffällig ist zudem die Betonung des wirtschaftlichen Nutzens der Roma in Europa. Die Roma werden als eine Art brachliegende Humanressource gesehen, die aufgrund ihres niedrigeren Altersdurchschnitts im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung viele künftige Arbeitgeber stellt, die einen ökonomischen Nutzen für die Mitgliedsländer haben können. So schreibt die Kommission in ihrer Einleitung zum Integrationsrahmen der Roma: „[...]die umfassende Integration der Roma in den Arbeitsmarkt [könnte] einigen Ländern einen jährlichen wirtschaftlichen Nutzen von 0,5 Mrd. EUR bringen.“ (Europäische Kommission 2011, S. 3). Die Förderung des verbesserten Zugangs zu Bildung wird u. a. auch mit dem Argument begründet, dass junge Roma zukünftige ArbeiternehmerInnen seien, deren Ausbildung einen Nutzen für die Volkswirtschaften der Mitgliedsstaaten haben; „In vielen Mitgliedsstaaten bilden die Roma einen beträchtlichen und steigenden Anteil der Kinder bzw. Jugendlichen im Schulalter und somit künftiger Arbeitnehmer“ (Europäische Kommission 2011, S. 2). Es wird hier folglich einem utilitaristischen Prinzip gefolgt, das davon ausgeht, dass etwas richtig und gut ist, wenn es dem Wohle der Meisten dienlich ist. Die Richtigkeit einer Handlung wird damit nach der Nützlichkeit ihrer Folgen beurteilt. Dieses Prinzip findet sich in dem Gedanken der meisten Wohlfahrtsstaaten wieder (vgl. Ott 2001, S. 95 ff).

Gleichzeitig hat diese Betrachtung der Roma als wirtschaftliche Ressource durchaus eine positive Seite, da sich in den meisten europäischen Gesellschaften der gesellschaftliche Wert eines Menschen zum Großteil über sein ökonomisches Potential definiert (vgl. ebd.). Mit der Betrachtung der Roma steigt – entsprechend dieser Logik - folglich auch ihr gesellschaftlicher Wert. Dieser „[...] Fokus auf der Dimension der Wirtschaft zeigte sich anschlussfähig für das im allgemeinen EU-Kontext (und darüber hinaus) weiter an Kraft gewinnende Primat der Ökonomie“ (Simhandl, S. 319). Die Betrachtung der Roma als gleichwertige wirtschaftliche Subjekte nimmt damit aber die Ressourcen - nämlich das ökonomische Potential der Roma - in den Blick.

Die Europäische Kommission betont außerdem die Notwendigkeit des Umdenkens, das sowohl in den Mehrheitsgesellschaften der Mitgliedsstaaten stattfinden muss als auch in den

Roma-Communities stattfinden muss: „ [...], da die soziale und wirtschaftliche Integration der Roma ein wechselseitiger Prozess ist, der ein Umdenken der Mehrheitsbevölkerung, aber auch der Mitglieder der Roma-Gemeinschaften erfordert.“ (Europäische Kommission 2011, S. 2). Die Verantwortung für Ressentiments liegt damit nicht nur bei der Mehrheitsgesellschaft, sondern auch in der Haltung der Roma-Gesellschaften. An dieser Stelle werden die verschiedenen Roma-Gesellschaften folglich als gleichberechtigte Subjekte gesehen.

Trotzdem betont die Europäische Kommission an einigen Stellen die Besonderheiten der Roma, wobei nicht genauer erläutert wird, worin diese Besonderheit überhaupt bestehe. Es wird angenommen, dass es bestimmte Besonderheiten gibt, die den Roma inhärent sind und dass diese für alle Roma gelten. So scheinen Maßnahmen für Roma nur dann wirklich erfolgreich zu sein, wenn diese den „spezifischen Bedürfnissen der Roma“ entsprechen, wohingegen herkömmliche Maßnahmen zur Integration nicht funktionierten: „Einige Mitgliedsstaaten haben sich mit positiven Maßnahmen bereits erfolgreich für die Roma eingesetzt, da sie die herkömmlichen Maßnahmen zur sozialen Integration für die spezifischen Bedürfnisse der Roma als unzureichend befanden“ (Europäische Kommission 2011, S. 4). Hier wird deutlich, dass den Roma eine Andersartigkeit unterstellt wird und somit die Teilnahme an herkömmlichen Maßnahmen keinen Erfolg haben könne. An dieser Stelle werden Roma folglich in Abgrenzung zu den Menschen der Mehrheitsgesellschaften und damit auch außerhalb der Norm gesehen. Damit kann an den seit Jahrhunderten herrschenden Diskurs in den meisten europäischen Gesellschaften angeschlossen werden, dass Roma außerhalb der gesellschaftlichen Normen stehen (vgl. Kohlberg 2012, S. 138). Gleichzeitig wird damit teilweise gerechtfertigt, wieso es einen eigenen Integrationsrahmen und eigene Integrationsmaßnahmen für Roma in Europa geben muss. Wobei das „Anders-Sein“ von Menschen ja nicht unbedingt zu speziellen Maßnahmen führen muss.

Zudem wird immer wieder ein Bezug zu nichtsesshaften Roma hergestellt „alle Roma-Kinder - egal ob sesshaft oder nicht [...]“ (Europäische Kommission 2011, S. 6), „ und nicht sesshafte Roma haben häufig Schwierigkeiten, Aufenthaltsorte mit einer Wasserversorgung zu finden.“ (Europäische Kommission 2011, S. 8). Untersuchungen der EU zufolge sind schätzungsweise 80 Prozent der Roma sesshaft (vgl. SEK 2010 zit. Nach Europäische Kommission 2010, S. 2), sodass diese Bezüge nur eine kleine Gruppe von Roma betrifft. Trotzdem scheint die Vorstellung des fahrenden Volkes immer noch eng mit der Gruppe der Sinti und Roma verbunden zu sein und die Europäische Kommission bestätigt damit die Vorstellung des „umherziehenden Zigeuners“, die bei vielen Menschen vorherrscht.

4.3.2 Problemstellungen, aus denen sich die Maßnahme entwickelt

Im Folgenden soll kurz skizziert werden, aus welchen Problemstellungen sich die Maßnahme entwickelt hat. Es ist wichtig herauszustellen, aus welchen Problemen sich die Maßnahmen entwickelt haben, da so festgestellt werden kann, ob diese Probleme spezifisch für die Gruppe der Sinti und Roma sind oder es sich gegebenenfalls, um Problemlagen handelt, die auch bei anderen Bevölkerungsgruppen auftreten. Die Beantwortung dieser Frage ist deswegen bedeutend für die Beantwortung der Forschungsfrage, da sie Aufschluss darüber geben kann, ob es sich bei den Sinti und Roma um eine konstruierte Gruppe handelt.

Die Probleme, von denen Roma in Europa betroffen sind und die im Integrationsrahmen genannt werden, sind zunächst Diskriminierung und fehlende wirtschaftliche Integration. Die Gründe für die Notwendigkeit zur Beseitigung dieser liegen laut der Kommission in „moralischen wie auch wirtschaftlichen Beweggründen [...]“ (Europäische Kommission 2012, S. 2). Die Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaften und die wirtschaftliche und soziale Ausgrenzung führt zu einem so genannten „Teufelskreis der Armut“ (Europäische Kommission 2012, S. 2), der durchbrochen werden soll. Die Beendigung der Diskriminierung sieht die Kommission als wichtige Aufgabe der Mitgliedsstaaten, wegen der sie aufgrund der Richtlinie 2000/43/EG verpflichtet sind, den Roma „diskriminierungsfreien Zugang zu Bildung, Beschäftigung, Berufsausbildung, Gesundheitsdiensten, Sozialschutz und Wohnung zu bieten“ (Europäische Kommission 2011, S. 2). Auch wird gesehen, dass die soziale und wirtschaftliche Integration der Roma in Europa nicht nur durch eine Nichtdiskriminierung sichergestellt werden kann, sondern weitere Maßnahmen hierfür nötig sind: „dass die Nichtdiskriminierung alleine nicht zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung der Roma ausreicht, [...]“ (vgl. Europäische Kommission 2011, S. 4). Die Bekämpfung der Diskriminierung „bildet ein allgemeines ökonomisches Prinzip der EG, das Wettbewerbsverzerrungen entgegenwirken soll“ (Simhandl 2007, S. 187).

Mit den beiden offensichtlichen Problemen der Diskriminierung und der schlechten wirtschaftlichen Integration eng zusammenhängend, stellen die schlechte Bildungssituation, schlechter Zugang zur Gesundheitsfürsorge, zu Wohnraum, Beschäftigung und grundlegenden Diensten, wie Wasser oder Strom, weitere Probleme dar, mit denen Roma in Europa zu kämpfen haben. So ist beispielsweise das Bildungsniveau deutlich niedriger als das der Gesamtbevölkerung. Der schlechte Zugang zur Gesundheitsfürsorge hängt oft mit Diskriminierungserfahrungen zusammen, die Roma durch medizinisches Personal erfahren (vgl. Europäische Kommission 2011, S. 7 ff.).

Es ist an dieser Stelle zu fragen, ob die genannten Probleme wirklich spezifisch für Roma sind oder nicht vielmehr mit den schlechten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in vielen südosteuropäischen Staaten zusammenhängen. Denn Armut führt zu Marginalisierung (vgl. Nationale Armutskonferenz 2010, S. 7 f.). Die Europäische Kommission scheint in den Roma ein Spezifikum zu sehen, wenngleich sie die Besonderheiten, die die Roma ausmachen, nicht genauer benennt. Bei der Benennung von Problemen, von denen bestimmte Personen oder gesellschaftliche Gruppen betroffen sind, ist immer zu fragen, wer dieses Problem eigentlich hat. Hat das Problem wirklich diese Gruppe oder sieht eigentlich nur die Politik oder auf einer anderen Ebene der/die SozialarbeiterIn dieses Problem? Oft machen Sozialpolitik oder auch Soziale Arbeit den Fehler, nicht zu fragen, wer eigentlich welches Problem hat (vgl. Müller 1993, S. 89 f.). Betrachtet man das von der Europäischen Kommission genannte Problem der Diskriminierung wird klar, dass Roma und auch Roma-Organisationen dieses Problem durchaus sehen. So hat die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte festgestellt, dass im Jahre 2009 jeder zweite Roma in den letzten 12 Monaten Opfer von Diskriminierung wurde. Befragt wurden dabei Roma in sieben Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (vgl. und siehe dazu weiter Agentur für Europäische Grundrechte 2009). Dabei ist natürlich auch immer die Dunkelziffer mitzudenken, da wohl nicht alle Roma die Diskriminierung auch melden.

4.3.3 Partizipation von Betroffenen

Im folgenden Abschnitt soll betrachtet werden, wie die Partizipation⁵ der Betroffenen – sprich der Roma – bei der Umsetzung der im EU-Integrationsrahmen vorgeschlagenen Maßnahmen, ausgestaltet werden soll. Die Untersuchung der Ausgestaltung der Partizipation der Betroffenen ist wichtig, da diese deutlich macht, welche Stellung die Roma von den EntwicklerInnen des EU-Rahmens zugeschrieben bekommen. Denn lange Zeit waren Roma „[...] Objekte der Politik, und zwar Objekte, die es in der Regel zu entfernen galt“ (Thelen 2005, S. 59). Auch kann die Betrachtung der Partizipation Informationen darüber geben, wer bei einer so heterogenen Gruppe von der EU als *die* Roma gesehen wird, denn diese müssten dann auch die Legitimation haben, diese Gruppe vertreten zu können.

Eine der Vorgaben für die Konzeption der nationalen Strategien der Mitgliedsstaaten ist der ständige Dialog mit der Roma-Gesellschaft (Europäische Kommission 2011, S. 9). In der Bewertung der ersten Schritte der Mitgliedsstaaten merkt die Kommission jedoch an, dass

⁵ „Der deutsche Begriff Partizipation setzt sich aus den lateinischen Worten ‚pars‘ (Teil, Anteil) und ‚capere‘ (nehmen) zusammen: ‚partem capere‘ bedeutet wörtlich ‚einen Teil (weg-) nehmen‘, ‚participare‘ also ‚teilnehmen lassen, teilen, teilhaben‘. (vgl. Krobath 2013, S. 61).

einige Mitgliedsstaaten zwar Stellungnahmen von Roma-Organisationen eingeholt, diese jedoch nicht miteinbezogen haben (vgl. Europäische Kommission 2012, S. 14). Deutschland hat verschiedenen Organisationen die Möglichkeit zur Stellungnahme zu den nationalen Strategien der Roma gegeben. Der Zentralrat der deutschen Sinti und Roma hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Auch in den Vorgaben für die EU-Beitrittsländer wird die Förderung des institutionalisierten Dialogs mit Roma-Organisationen zur Beteiligung an der Konzeption politischer Konzepte betont (vgl. Europäische Kommission 2011, S. 9.). Mit dem wiederholten Hinweis auf die Notwendigkeit Roma- VertreterInnen mit ein zu beziehen, scheint es, als wolle die Kommission den Eindruck vermeiden, in paternalistischer Weise über die Belange der Roma entscheiden zu wollen. So schreibt sie in der Mitteilung über die nationalen Strategien zur Integration der Roma: „Die Zivilgesellschaft und vor allem die Roma-Organisationen sollen nicht als passive „Empfänger des Wandels gelten, sondern zur aktiven Mitwirkung an seiner Herbeiführung aufgefordert werden“ (Europäische Kommission 2012, S. 20). Die Mitgliedsstaaten setzen bei der Umsetzung der Maßnahmen auf die Partizipation von Roma-VertreterInnen durch die Ausbildung von MediatorInnen mit Roma-Hintergrund, z. B. im Bereich Bildung oder Gesundheit (vgl. z. B. Europäische Kommission 2012, S. 11). Der Einsatz von MediatorInnen mit einem Roma-Hintergrund, hat den Vorteil, dass diese meistens aus den Roma- Gesellschaften kommen und somit schneller Vertrauen aufbauen können. Ein Beispiel hierfür ist das in Hamburg eingerichtete Programm des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung der Bildungsberater. Hierbei werden Sinti und Roma qualifiziert, SchülerInnen aus Sinti- und Roma-Familien an Hamburger Schulen zu unterstützen.

Besondere Bedeutung im EU-Rahmen wird der Europäischen Plattform für die Einbeziehung der Roma beigemessen. Die Europäische Plattform für die Einbeziehung der Roma wurde ins Leben gerufen, um die Erarbeitung politischer Maßnahmen zur Integration der Roma zu fördern. Außerdem soll sie den Austausch von Wissen und die Koordinierung zwischen EU-Mitgliedstaaten, internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft der Roma anregen. (vgl. European Union Agency for fundamental rights 2013). Die Kommission will sich mit ihren Belangen stärker in der Plattform engagieren. Zudem soll die Plattform Roma-VertreterInnen die Möglichkeit geben, stärker an der Umsetzung und Durchführung des Integrationsrahmens partizipieren zu können. Allerdings wird an dieser Stelle nicht genau benannt, wie genau diese Partizipation aussehen soll. Konkret wird nur benannt, dass Vertreter der Roma-Zivilgesellschaft Bericht über die Fortschritte der Maßnahmen erstatten sollen (vgl. Europäische Kommission 2011, S. 14).

Die Kommission scheint sich, der Wichtigkeit der Partizipation von Roma bei der Umsetzung eines Rahmens zur Integration der Roma bewusst zu sein. Gleichzeitig wird auch die Gefahr gesehen, dass Politik *über* Roma und nicht Politik *mit* Roma gemacht wird: „Darüber hinaus gibt die Rahmenstrategie [...] nur schwache Empfehlungen, wie Roma in die Planung und Implementierung regionaler und lokaler Förder-Projekte eingebunden werden sollen“ (Kropp, Striethorst 2011, S. 3).

Betrachtet man die Partizipation von VertreterInnen der Roma-Gesellschaften tauchen einige Fragen auf: Was legitimiert die so genannten VertreterInnen der Roma Gesellschaften? Und Wen vertreten denn Roma-Organisationen, wenn es doch eigentlich keine homogene Gruppe der Roma gibt? Und am wichtigsten ist an dieser Stelle wohl auch die Frage: Fühlen sich Roma von diesen Organisationen vertreten? Mehrere Verbände kritisieren die fehlende oder mangelnde Einbeziehung der Roma-Verbände auf europäischer und nationaler Ebene (vgl. Kropp, Striethorst 2011, S. 3). Auch bedeutet die Forderung nach Partizipation *der* Roma einen Rückgriff auf die Konzeptionalisierung einer homogenen Gruppe, die – wie bereits herausgestellt – so nicht existiert. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wer denn überhaupt partizipiert werden soll: (vgl. Simhandl 2007, S. 347) „Die Forderung an Roma sich zu artikulieren, bedeutet [...] dass an sie die Forderung gestellt wird, die Rolle in einem Stück einzunehmen,, in dem diese Rolle gar nicht existiert“ (Simhandl 2007, S. 347).

Seit 2004 gibt es das European Roma and Traveller Forum, welches die Roma repräsentativ auf europäischer Ebene vertreten soll, da es das Recht hat, VertreterInnen in die Organe des Europäischen Rates zu entsenden. Auch wenn das Forum als repräsentativ gilt, ist trotzdem fraglich inwieweit es die sehr unterschiedlichen Interessen der Roma in den unterschiedlichen europäischen Mitgliedsländern vertreten kann. Bei der Einrichtung des Forums kam Kritik von der International Romani Union (IRU), die auch die Frage nach Legitimität stellte (vgl. Tehlen 2005, S. 70 f.).

Diese Fragen sind wohl essentiell für die Frage nach der Partizipation, sie können im Rahmen dieser Arbeit jedoch nicht beantwortet werden. Sicher ist jedoch, dass das Auftreten und die Forderungen der einzelnen Organisationen europaweit sehr heterogen sind. So hat beispielsweise die Durchsetzung der Anerkennung der Sinti und Roma als „deutsche Minderheit“ für den Zentralrat deutscher Sinti und Roma eine hohe Priorität, während der Roma-National-Congress eine Anerkennung der Roma als europäisches Volk fordert (vgl. Koch 2005, S.54). Dieses heterogene Auftreten hat oft zur Folge, dass Roma-Organisationen von außen nicht ernst genommen werden, da sie eben unterschiedliche Interessen und Positionen vertreten

(vgl. Thelen 2005, S. 45). Weitere Gründe für die fehlende Durchsetzungsmacht der Roma-Organisationen sind z.B., dass bei Roma, die in traditionellen Familienstrukturen organisiert sind, die Hauptloyalität erstmal der Familie gilt. Zudem ist eine umfassende Repräsentation auch durch die europaweite Dispersion der Roma schwierig (vgl. ebd., S. 46).

Auch die Frage nach der Partizipation von Roma oder Roma Organisationen an der Entwicklung des EU-Integrationsrahmens bleibt offen. Anfragen bei verschiedenen Organisationen konnten diesbezüglich keine Antwort geben. Lediglich die Beteiligung der ungarischen Abgeordneten mit Roma-Wurzeln im Europäischen Parlament Lívía Járóka, scheint die Partizipation von Roma bei der Ausgestaltung des EU-Rahmens darzustellen (vgl. Europäische Kommission 2011a, S. 5).

4.4 Kritische Zusammenfassung

Zusammengefasst ist festzustellen, dass der EU-Rahmen zur Integration der Roma bis 2020 den deutlichen Willen der Europäischen Union zur Integration der Roma in Europa zeigt. Mit einem groß angelegten Integrationsrahmen für die Roma, steigt der hegemoniale Anspruch des Problemdiskurses des „Roma-Problems“. Durch einen für alle Mitgliedsländer der EU geltenden Integrationsrahmen wird das Problem folglich politisch implementiert.

Als Hauptprobleme, die es zu bekämpfen gilt, nennt die Europäische Kommission die soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung sowie die Diskriminierung der Roma durch die Mehrheitsbevölkerungen. Die Verantwortung für die Durchsetzung dieser Strategien liegt allerdings bei den einzelnen Mitgliedsstaaten, deren Voraussetzungen und Probleme mit dieser Bevölkerungsgruppe sehr unterschiedlich sind. Auch wenn auf diese Differenz in der Anzahl und den Problemen der Roma Bevölkerung in den verschiedenen Mitgliedsländern im EU-Rahmen hingewiesen wird, werden die Roma als relativ homogene Gruppe mit homogenen Merkmalen betrachtet, die jedoch in Abgrenzung zur Mehrheitsgesellschaft nicht genauer benannte Besonderheiten aufweisen. Dass auf die Besonderheiten nicht näher eingegangen wird, könnte darauf hinweisen, dass die Gruppe so heterogen ist, dass sich gar keinen allgemeinen Spezifika finden lassen. Trotzdem werden damit die Roma als eine Gruppe gesehen, die sich außerhalb der Norm befindet und anderes ist als die jeweiligen Mehrheitsbevölkerungen. Dies könnte ein Merkmal dafür sein, dass Sinti und Roma als soziales Problem betrachtet werden, da soziale Probleme sich außerhalb der Normalitätserwartungen der Mehrheitsgesellschaft bewegen. Gleichwohl gibt es kaum offensichtliche Anknüpfungen an bereits bestehende antiziganistische Diskurse in der Gesellschaft. Eine Ausnahme bildet der Bezug zu nicht-

sesshaften Roma, auch wenn diese Gruppe nur noch sehr klein ist und die meisten Roma sesshaft sind.

Betrachtet man die Problemstellungen, aus denen sich die Maßnahme entwickelt hat, ist zunächst festzustellen, dass die genannten Probleme wie Bildungsferne, unzureichende Wohnbedingungen oder eine schlechte gesundheitliche Versorgung keineswegs spezifisch für die Bevölkerungsgruppe der Sinti und Roma sind, sondern dies Probleme sind, mit denen arme Bevölkerungsgruppen überall zu kämpfen haben. Auch die Diskriminierung und Ausgrenzung, denen die Roma ausgesetzt sind, könnte man durch diese Armut erklären, denn egal bei welcher Bevölkerungsgruppe führt Armut meist zu Marginalisierung (vgl. Nationale Armutskonferenz 2010, S. 7 f.). Allerdings könnte ein spezieller Integrationsrahmen für Sinti und Roma, die mit den oben genannten Problemen zu kämpfen haben, die Schlussfolgerung nahelegen, dass diese Probleme unter anderem darin begründet sind, dass die Menschen dieser bestimmten Gruppe angehören. Eine solche Schlussfolgerung schließt wiederum an antiziganistische Meinungen wie der vermeintlichen Naturverbundenheit und der damit zusammenhängenden Bildungsferne an.

Allerdings werden die Sinti und Roma aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit diskriminiert, sodass sie möglicherweise sogar einer mehrfachen Diskriminierung ausgesetzt sind. Dies könnte zur der Annahme führen, dass es jedenfalls im Hinblick auf Maßnahmen notwendig ist, spezifische Maßnahmen für Sinti und Roma zu initiieren, da diese Zielgruppe mit besonderen Rahmenbedingungen wie Armut und Diskriminierung zu kämpfen hat.

Die Kommission geht aufgrund der Verantwortung, die bei den Mitgliedstaaten liegt, auch nicht auf die genaue Ausgestaltung und Durchsetzung der Maßnahmen ein, da diese Ausgestaltung in der Verantwortung der Mitgliedsländer liegt. Fraglich ist nur, inwieweit diese Maßnahmen auch durchgesetzt werden können, da die EU nicht über die entsprechenden Instrumente verfügt, um die Ziele durchzusetzen. So scheint ein Manko des EU-Rahmens die Durchsetzbarkeit zu sein (vgl. und siehe dazu weiter. Kropp /Striethorst 2011, S. 3). So gibt es beispielsweise keine Sanktionen bei Nichtbeachtung (vgl. ebd.). Auch wenn die nationalen Integrationsstrategien der Mitgliedsländer Monitoring-Methoden umfassen sollen, werden im Integrationsrahmen selbst kaum konkrete Methoden genannt, die der Kommission die Möglichkeit gibt, die Fortschritte in den Mitgliedsstaaten zu überprüfen.

Nur wenige Mitgliedsstaaten schlagen konkrete Verbesserungsmaßnahmen im Bereich Wohnraum vor. Die Europäische Kommission kritisiert das in ihrer Bewertung der nationalen Strategien und merkt an, dass so möglicherweise auch in anderen Bereichen keine Verbesserung eintreten kann. Sie fordert die Mitgliedsstaaten daher auf, an dieser Stelle nachzubessern (vgl.

Europäische Kommission 2012, S. 12). Die Kommission gibt in ihrer Bewertung damit lediglich Empfehlungen und keine verbindlichen Vorgaben.

Obwohl die Kommission das Problem der Diskriminierung an mehreren Stellen als großes Hindernis für Zugang zu den Kernbereichen betont, sieht die Rahmenstrategie keine konkreten Maßnahmen gegen Diskriminierung vor (vgl. Kropp/Striethorst 2011, S. 3). Die Europäische Kommission zwar fest, dass Diskriminierung zu den Problemen, gehört mit denen Sinti und Roma konfrontiert sind, sieht die Verantwortung aber bei den Mitgliedstaaten. So schreibt die Europäische Kommission in ihrem Maßnahmenpapier: „Zunächst müssen die Mitgliedsstaaten sicherstellen, dass die Roma nicht diskriminiert, sondern wie alle EU-Bürger behandelt werden und alle in der EU-Grundrechtecharta verankerten Rechte gleichberechtigt ausüben können“ (Europäische Kommission 2011, S. 2). Diskriminierung ist hier, genauso wie die wirtschaftliche und soziale Ausgrenzung, eng mit der Kategorie der Roma verbunden und dient damit der Ausgestaltung dessen, was das Roma-Sein ausmacht (vgl. Simhandl 2007, S. 279 f.). Roma-Sein bedeutet folglich, diskriminiert zu werden und wirtschaftlich sowie sozial ausgegrenzt zu sein.

Gleichzeitig erkennt die Europäische Kommission damit an, dass „Nichtdiskriminierung alleine nicht zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung der Roma ausreicht [...]“ (Europäische Kommission 2011, S. 4). Der Philosoph Ljubomir Bratic kritisiert, dass die Europäische Kommission in ihrem Rahmen zur Integration der Roma ausblendet, dass durch die verschiedenen vorgeschlagenen Maßnahmen das Bild der Roma als Empfänger von Almosen nur verstärkt wird. Das Bild der Roma als Hilfebedürftige wird damit auf einer höheren Ebene weitergeführt. Weiter kritisiert er, dass der Integrationsrahmen nicht für alle in der EU lebenden Sinti und Roma gelte, da Nicht-EU-BürgerInnen von den Maßnahmen ausgeschlossen sind. So leben aber viele Roma aus z.B. Serbien in EU-Staaten (vgl. Bratic 2013). Es findet an dieser Stelle folglich eine Differenzierung von Menschen entlang von politischen Grenzziehungen statt und damit eine Verfestigung der Institutionalisierung von Diskriminierung anhand der Differenzierung von Zugehörigkeit zu einem bestimmten politischen Territorium (vgl. Peter / Krauß 2012, S. 54 f.).

Auch die Wichtigkeit der Partizipation von VertreterInnen der Roma-Gesellschaften wird betont. Allerdings wird auf die nähere Ausgestaltung dieser Partizipation nicht näher eingegangen, sondern diese den Mitgliedsländern überlassen. Die Frage danach, welche Organisationen legitimiert sind, für die offensichtlich sehr heterogene Gruppe der Roma zu sprechen und wodurch diese eine Legitimation erhalten können, bleibt ungeklärt. Mit dieser Offenheit gegenüber der Ausgestaltung der Maßnahmen durch die Mitgliedsstaaten wahrt die Europäi-

sche Union zum einen die jeweiligen Identitäten der Nationalstaaten gemäß Art. 4, Abs.2 EUV, zum anderen stellt dieses eben die Gefahr dar, dass die Maßnahmen nicht konkretisiert werden.

Mit der Reduzierung auf Arbeitslosigkeit als die hauptsächliche Ursache für Armut und Diskriminierung werden die Roma selbst für ihre Probleme verantwortlich gemacht. Dieses kann auch entsprechend dem Paradigma der ökonomisierten Leistungsgesellschaft gesellschaftlich vermittelt werden, in der nur derjenige etwas gilt, der auch in Erwerbsarbeit ist (vgl. Simhandl 2007, S. 320). Trotzdem werden Roma hier nicht nur als Problem, sondern auch als gesellschaftliche und wirtschaftliche Ressource gesehen. Gleichzeitig ist an manchen Stellen jedoch auch ein Schritt zum Umdenken in der Betrachtung der Sinti und Roma zu beobachten, nämlich an den Stellen, an denen sie als Opfer bezeichnet werden. In jedem Fall sind sie jedoch Objekte, die es zu bearbeiten gilt. Verstärkt wird dieses noch durch die wenigen Vorgaben zur Partizipation von VertreterInnen der Roma-Gemeinschaften.

Es scheint als ob die Integration der Roma in Europa einer Rechtfertigung bedarf, die es durch den wirtschaftlichen Nutzen, die diese bringen würde, erhält. Die wirtschaftliche Integration scheint, zudem auch die Lösung zur Beendigung der Diskriminierung der Roma durch die Mehrheitsgesellschaft zu sein. Als Grund hierfür wird angeführt, dass wirtschaftlich integrierte Menschen mehr Offenheit von ihren Mitmenschen erwarten können.

4.5 Von der Politik zum Projekt

Im Folgenden soll untersucht werden, welche Auswirkungen die Konstruktionen und politischen Annahmen des Europäischen Integrationsrahmens auf praktische Sozialarbeit haben. Dabei soll besonders auf die Punkte der Partizipation, des Menschenbilds und der Problemstellungen, aus denen sich die Projekte entwickelt haben eingegangen werden. Die Partizipation von Roma oder Roma-Organisationen bei der Einrichtung von Integrationsmaßnahmen ist ein wichtiger Punkt, den die Europäische Kommission vorsieht. Allerdings bleiben die Möglichkeiten der Ausgestaltung der Partizipation offen. Es soll deshalb betrachtet werden, wie diese Vorgabe der EU in der Praxis umgesetzt wird. Die Darstellung des Menschenbildes kann Aufschluss darüber geben, ob die Konstruktionen von der Gruppe der Sinti und Roma, die im EU Integrationsrahmen gemacht werden, auch in der praktischen Sozialarbeit reproduziert werden. So liegt ein Fokus der Europäischen Kommission auf dem ökonomischen Potential der Roma und ihrer wirtschaftlichen Integration. Auch soll hierbei untersucht werden, aus

welchen Problemstellungen sich das Projekt entwickelt hat und ob dieses mit den Vorgaben des Integrationsrahmens korrespondiert.

Zur Untersuchung der Auswirkungen des Integrationsrahmens auf die praktische Sozialarbeit, sollte ein Projekt untersucht werden, das durch Instrumente finanziert wird, die im Integrationsrahmen vorgesehen sind. Erstaunlich ist, dass es kaum Projekte in Hamburg gibt, die sich mit Roma beschäftigen und eine Finanzierung durch den ESF oder ein anderes vorgesehenes Finanzierungsinstrument wie z. B. den Europäischen Strukturfond erhalten. Dies kann verschiedene Ursachen haben. Möglicherweise sehen Hamburger Einrichtungen keinen Bedarf in der Einrichtung von Projekten, die sich mit der Integration von Roma beschäftigen. Oder aber die Antragsverfahren sind beschwerlich und die Zusage einer Finanzierung durch den ESF ist schwer zu erhalten.

Das Projekt „Beruflich aktiv“ der Großstadt-Mission in Hamburg wird durch den Europäischen Sozialfond finanziert und beschäftigt sich mit der sozialen und beruflichen Integration von Roma- und Sinti-Jugendlichen. Leider hat das Projekt es der Verfasserin nicht ermöglicht, das Konzept der Einrichtung zu untersuchen, sodass eine umfassende Analyse über die Auswirkungen des Integrationsrahmens auf ein durch den ESF finanziertes Projekt nicht möglich war. Die Analyse kann sich deswegen nur auf die Informationen, die ich im Experteninterview erhalten habe, beschränken. Da es kaum Projekte in Hamburg gibt, die sich mit der Gruppe der Sinti und Roma beschäftigen und diese aus Angst vor der Übernahme ihrer Ideen durch andere Vereine ihr Konzept nicht herausgeben wollten, wird zusätzlich noch das Projekt „Zukunft statt Herkunft“ betrachtet, das jedoch aus dem Europäischen Integrationsfonds⁶ und nicht dem ESF finanziert wird. Dieses Projekt hängt damit nicht direkt mit dem EU-Integrationsrahmen zusammen. Es wird aber davon ausgegangen, dass am Beispiel dieses Projekts trotzdem die Auswirkungen der europäischen Roma-Politik betrachtet werden können, da davon auszugehen ist, dass die Linie der europäischen Roma-Politik auch die Finanzierung durch den Europäischen Integrationsfond prägt.

⁶ Der EU Integrationsfond fördert Projekte, die sich mit der Integration von Drittstaatenangehörigen beschäftigen.

5 Analyse des Projekt „Beruflich aktiv“ (Großstadt-Mission)

Die Zahl der in Hamburg lebenden Sinti und Roma ist nicht bekannt. Sicher ist jedoch, dass viele von ihnen ihre Herkunft verschweigen (vgl. Karola e.V. 2012)

Die soziale und ökonomische Integration dieser Gruppe, insbesondere der zugewanderten Roma aus den osteuropäischen Staaten, ist auch in Hamburg immer noch erschwert und es fehlen entsprechende Partizipationsmöglichkeiten. Laut einer Statistik aus dem Jahre 2006 besucht kein Sinti- oder Roma-Kind in Hamburg ein Gymnasium. Auch verlassen viele Sinti- oder Roma-Jugendliche die Schule ohne einen Abschluss (vgl. Freie und Hansestadt Hamburg 2008). Im Folgenden soll ein Experteninterview mit einem Sinto Mitarbeiter des Projekts „Beruflich aktiv mit Sinti und Roma“ der Großstadt Mission ausgewertet werden. So beziehen sich die folgenden Informationen, soweit nicht anders gekennzeichnet, hauptsächlich auf das geführte Interview.

5.1 Inhalt und institutioneller Hintergrund

Das Projekt „Beruflich aktiv mit Sinti und Roma“ ist ein Kooperationsangebot der Großstadt-Mission und dem Sinti Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen e. V. Die Großstadt-Mission ist ein christlicher Hamburger Träger der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Behindertenhilfe (vgl. Großstadt- Mission 2013) und damit kein Träger, der sich schon lange Zeit mit der Gruppe der Sinti und Roma beschäftigt hat. Allerdings gehört zu ihrem Konzept, dass sie Kooperationen mit anderen Vereinen oder Organisationen eingehen, um neue Ideen zu fördern (vgl. ebd.). Ziel des Projekts „Beruflich aktiv mit Sinti und Roma“ ist es, eine Verbesserung und Stabilisierung der sozialen und beruflichen Situation der Roma und Sinti zu erreichen. Dabei werden insbesondere die Jugendlichen bei den Übergängen zwischen Schule/Ausbildung und Beruf unterstützt. Hierfür findet eine enge Kooperation zwischen der Beratungsstelle und den Schulen statt. Auch die Familien werden in die Hilfen miteinbezogen und die anderen Familienmitglieder bei ihrer Suche nach Beschäftigung unterstützt. So findet auch eine Vermittlung in Beschäftigungs- und Arbeitsmaßnahmen statt. Primäre Zielgruppe sind Roma- und Sinti-Jugendliche und ihre Familien. Hauptsächlich suchen jedoch Sinti-Jugendliche und ihre Familien die Beratungsstelle auf. Der Grund dafür liege zum einen darin, dass in der Umgebung hauptsächlich Sinti-Familien leben, zum anderen hätten viele junge Roma auch keine entsprechende Arbeitserlaubnis, sodass diese nicht zu dem Schwerpunkt des Projekts der Vermittlung in Arbeit oder Beschäftigung passten.

Innerhalb des Projekts finden verschiedene Angebote, wie ein Alphabetisierungskurs, eine Mutter- und Kind-Gruppe mit Vorschulförderung, ein Nähkurs oder Nachhilfeunterricht statt. In der persönlichen Beratung kann auf die individuellen Problemlagen der BesucherInnen eingegangen werden und gemeinsam nach Lösungen gesucht werden. Das Team der Beratungsstelle setzt sich zusammen aus Fachkräften wie Sozialpädagoginnen und Erzieherinnen und Sinti-MitarbeiterInnen aus dem Sinti Verein, die keine pädagogische Ausbildung haben, deren Expertenwissen aber essentiell für die Arbeit ist.

Durch die Mitarbeit der Sinti-MitarbeiterInnen ist es den BesucherInnen möglich Vertrauen zu der Institution der Beratungsstelle aufzubauen und die Sozialpädagoginnen können mithilfe ihres fachlichen Wissens bspw. Beratung leisten. An der Entstehung des Projekts war maßgeblich der Vorsitzende des Sinti Vereins zu Förderung von Kindern und Jugendlichen e.V. Christian Rosenberg beteiligt. Durch bereits bestehende Kontakte zur Großstadt-Mission entstand das Kooperationsprojekt.

Finanziert wird das Projekt zu 50 % durch den Europäischen Sozialfond (ESF) und zu 50 % von den Hamburger Behörden für Wirtschaft, für Soziales und für Schule. Der Europäische Sozialfond⁷ ist eines der Finanzierungsinstrumente, die von der Europäischen Kommission im EU-Rahmen zur Unterstützung der Mitgliedsstaaten bei der Integration der Roma vorgeschlagen wird (vgl. Europäische Kommission 2011, S. 10). Die Laufzeit des Projekts ging ursprünglich von 01. Januar 2010 bis zum 31.12.2012. Nun wurde das Projekt für ein weiteres Jahr verlängert. Der interviewte Sinto Mitarbeiter in der Beratungsstelle vermutet, dass dieses aufgrund des großen Erfolgs des Projekts geschehen ist. Allerdings äußert er auch die Befürchtung, dass es keine Anschlussfinanzierung geben wird. Eine Lösung dafür gäbe es vielleicht, wenn man das Projekt etwas verändere, sodass eine Förderung durch den ESF nochmals möglich sei, da durch den ESF nur eine Projektfinanzierung nicht aber eine Regelfinanzierung gewährleistet werden könne. Hier zeigt sich ein Problem, mit dem viele Projekte zu kämpfen haben. Die finanzielle Förderung ist nur für einen festgelegten Zeitraum bestimmt und eine Anschlussfinanzierung nur dann möglich, wenn das Projekt neue Aspekte hinzufügt. Sozialer Arbeit wird es hier schwer gemacht, kontinuierliche Arbeit zu leisten, die aber gerade in der Arbeit mit KlientInnen, die misstrauisch gegenüber Institutionen sind, essentiell ist. An diesem Beispiel wird deutlich, dass solange die Gruppe der Sinti und Roma als eine Art „Sonderklientel“ verhandelt wird, eine Regelfinanzierung durch die Städte und Kommunen

⁷ Der Europäische Sozialfond ist ein Instrument der EU zu Förderung von Projekten innerhalb der EU, die sich mit Vermittlung in Arbeit und Beschäftigung beschäftigen. 172 Mio. Euro wurden für Integrationsmaßnahmen für Roma veranschlagt (vgl. Europäische Kommission 2013)

schwierig ist und damit auf Projektmittel zurückgegriffen wird. Damit verstärkt sich aber die Stellung der Sinti und Roma als eine besondere Gruppe innerhalb der Gesellschaft.

Die Beratungsstelle für Sinti und Roma im Hamburger Westen befindet sich in einer Umgebung, in der vor allem sehr viele Sinti-Familien leben. Dieses ist nach Aussage des Sinti Mitarbeiters auch sehr wichtig, da dadurch die Hemmschwelle, die Räumlichkeiten der Beratungsstelle aufzusuchen, gesenkt wurde.

5.2 Problemstellungen, aus denen sich die Maßnahme entwickelt hat

Herr W. schilderte im Interview, dass die Sinti (und Roma)⁸ lange Zeit der formalen Bildung durch das deutsche Bildungssystem keine große Bedeutung beigemessen haben, da diese Art der Bildung für viele Sinti (und Roma) nicht notwendig war., um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Allerdings habe sich das Bewusstsein über die Relevanz von Bildung in vielen Sinti- und Romafamilien in Hamburg in den letzten Jahren geändert. So wurde ein Bedarf an Bildungsangeboten auf Seiten der Sinti-Gemeinschaft gesehen, der letztendlich auch zur Einrichtung des Projekts geführt hat. Viele der Sinti und Roma haben keinen Schulabschluss, haben Probleme in der Schule oder können nicht lesen und schreiben. Das hauptsächliche Problem ist folglich die formale Bildung, die in Deutschland essentiell für eine wirtschaftliche Integration in die Gesellschaft ist. Dies entspricht auch einem der vier Kernbereiche der im EU-Integrationsrahmen festgelegten Ziele zur Integration der Roma, nämlich der Verbesserung des Zugangs zu Bildung. Ziel der Europäischen Kommission ist die Sicherstellung eines Zugangs zu einer qualitativ hochwertigen Bildung für alle Sinti-und Roma-Kinder. Auch soll die frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung verbessert werden, die Schulabbrecherquote gesenkt werden sowie die Rate der Analphabeten gesenkt werden (vgl. Europäische Kommission 2011, S. 6). Ein weiteres Ziel ist der uneingeschränkte Zugang zur beruflichen Bildung sowie zum Arbeitsmarkt (vgl. ebd., S. 7). An diese Ziele schließt das Projekt mit seinen Inhalten an.

Bildung bezieht sich in diesem Falle auf formale Bildung, also auf die Bildung, die in Institutionen vermittelt wird: „Unter formeller Bildung wird das gesamte hierarchisch strukturierte und zeitlich aufeinander aufbauende Schul-, Ausbildungs- und Hochschulsystem gefasst, mit weitgehend verpflichtendem Charakter und unvermeidlichen Leistungszertifikaten“ (Bundesjugendkuratorium, S. 5). In diesem Zusammenhang stehen auch die nicht-formelle Bildung

⁸ Die Gruppe der Roma werden hier in Klammern gesetzt, da die Beratungsstelle hauptsächlich Sinti besuchen und die Informationen sich auf die Aussagen des Sinto-Mitarbeiters im Interview beziehen.

und die informelle Bildung. Die nicht-formelle Bildung beschreibt organisierte Bildung und Erziehung, die auf Freiwilligkeit beruhen. Informelle Bildung meint alle Prozesse, die sich ungeplant aus Situationen in Familie und Freizeit entwickeln. Erst ein Zusammenspiel aller drei Faktoren macht gelingende Bildung möglich (vgl. ebd.). Ob die TeilnehmerInnen in anderen Bereichen über Wissen und Bildung, beispielsweise über kulturelle Bildung verfügen, wird bei der Einrichtung von Bildungsmaßnahmen zur Integration von marginalisierten Gruppen nicht miteinbezogen. Es geht mehr um Qualifikationen, um am ökonomischen Leben teilzuhaben, also um Bildung, die an Institutionen, Zertifikate und Abschlüsse gebunden ist, wie Strauß es in seiner Studie zur aktuellen Bildungssituation der Sinti und Roma beschreibt (vgl. Strauß 2011, S. 53). Bildung meint in diesem Zusammenhang folglich eine Art Handwerkszeug und nicht eine Bildung, die nur um ihrer selbst Willen vermittelt wird (vgl. Durdel 2002, S. 82). Die Menschen werden damit als bildungsfern bezeichnet, obwohl sich diese Bildungsferne möglicherweise nur auf einen kleinen Ausschnitt von Bildung, nämlich den der formalen Bildung, bezieht.

Diese Vorstellungen von Bildung schließen an den Schwerpunkt und die Betonung der Relevanz der ökonomischen Integration der Sinti und Roma im EU-Integrationsrahmen an und übernimmt damit die dort feststehenden Konstruktionen von Bildung. In unserer kapitalistischen Gesellschaft, die den Einzelnen am ökonomischen Potential misst, scheint Bildung die Schlüsselkompetenz zur wirtschaftlichen Integration zu sein. Bildungsprozesse werden meist unter dem Aspekt der Verwertbarkeit und der Zweckmäßigkeit für das Individuum betrachtet (Bundesjugendkuratorium 2001, S. 1). Bildung bedeutet damit oft nur die Qualifikation für den Arbeitsmarkt und blendet damit die anderen Dimensionen von Bildung wie z. B. die nicht-formelle Bildung aus. Darüber, dass das Defizit von formaler Bildung ein Problem ist, besteht gesellschaftlicher Konsens (vgl. Bundesjugendkuratorium 2001, S. 1). Dies zeigt, dass erst die äußeren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturformen die Notwendigkeit von formaler Bildung in Form von Schulabschlüssen usw. konstituieren. Fehlende Bildung konstruiert sich folglich aus den äußeren Rahmenbedingungen, ist potentiellen „bildungsfernen Gruppen“ aber nicht inhärent.

Herr W. erklärt die fehlende Bildung in vielen Sinti und Roma Familien zum einen mit der Angst vor Bildungsinstitutionen durch die Erfahrungen während des Nationalsozialismus und der Ausgrenzung und Diskriminierung in Schulen auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. So haben beispielsweise die deutschen Behörden die Schulpflicht bei Sinti- und Roma-Familien bis in die 1970er und 1980er Jahre nicht angemahnt. Es herrschte folglich noch

das Bild der „Zigeuner“, die sowieso nicht fähig seien, in die Gesellschaft integriert zu werden und es sich deswegen auch nicht lohne, die Schulpflicht bei ihnen anzumahnen (Deutschlandradio 2013). Zum anderen liege der Grund für die fehlende Bildung auch in dem anderen Stellenwert von formaler Bildung in Sinti- und Roma-Familien. Dies ändere sich aber und die Vorstellung des Stellenwerts von Bildung passe sich dem der Mehrheitsgesellschaft an. Das stimmt mit den Ergebnissen der Bildungsstudie von Strauß überein, in denen unter anderem festgestellt wurde, dass sich der Wert der Bildung in Sinti- und Roma-Familien in Deutschland verändere (vgl. Strauß 2011, S. 55).

5.3 Menschenbild / Kultur der Sinti und Roma

Im Folgenden soll dargestellt werden, welches Menschenbild im Interview von dem Mitarbeiter vermittelt wurde und wie er die Kultur der Sinti und Roma versteht. Es werden hier beide Aspekte in einem Punkt bearbeitet, da sich diese Kategorien schwer voneinander trennen lassen. Im Folgenden wird dabei auf Selbstdarstellung „der Sinti“ durch den Sinto-Mitarbeiter und die Funktion der identitätsbildenden Konstruktion von ethnischer Zugehörigkeit eingegangen.

Das Projekt nimmt die unterschiedlichen BesucherInnen und TeilnehmerInnen der Kurse als Menschen mit unterschiedlichen Problemlagen wahr, da es der Anspruch ist, für jeden/jede BesucherIn individuelle Lösungen zu finden. Auch werden die Menschen innerhalb ihres Bezugssystems und nicht als Einzelpersonen ohne soziale Bezüge betrachtet, da das Familiensystem der Jugendlichen genauso zur Zielgruppe gehört, wie die Jugendlichen selbst.

Wie schon an anderer Stelle erwähnt sieht der EU-Rahmen zur Integration der Roma bis 2020 die Roma und Sinti an vielen Stellen als „Opfer“, z. B. von Diskriminierung. Das Wort Opfer impliziert ein eher passives Verhalten. Im Gegensatz dazu sind in dem Projekt „Beruflich aktiv mit Sinti und Roma“ die Sinti selber diejenigen, die die vorherrschenden Probleme bearbeiten und sogar maßgeblich an der Einrichtung des Projekts beteiligt waren. Sinti treten damit nicht als diskriminierte Opfer, sondern als selbst handelnde Subjekte in Erscheinung, die Verantwortung übernehmen. Die TeilnehmerInnen der Kurse und BesucherInnen der Beratungsstelle haben Defizite im Bereich der formellen Bildung, werden aber unter anderem von den Angehörigen der eigenen Gruppe befähigt, in der Schule oder auf dem Arbeitsmarkt zu agieren. Es wird an dieser Stelle auch deutlich, dass das Potential sich z. B. in den Arbeitsmarkt zu integrieren auf jeden Fall bei den Sinti (und Roma) gesehen wird.

5.3.1 Selbstbild

Der Sinto-Mitarbeiter selbst sieht die Notwendigkeit, bei Projekten für Sinti und Roma auf die Besonderheiten der Gruppe zu achten, da er selbst sagt, Sinti seien anders als andere und nur Sinti könnten auch andere Sinti verstehen. Er selber sehe sich als Sinto und nicht als Deutscher und wolle auch gar kein Deutscher sein. Die Abgrenzung zwischen Mehrheitsgesellschaft und der Gruppe der Sinti (und Roma) wird in diesem Falle folglich auch von Seiten der Sinti gemacht. Dies entspricht dem Konstrukt der Gruppe der Sinti und Roma im EU Integrationsrahmen, dass die Roma (und Sinti) auf eine bestimmte, nicht genauer definierte Weise besonders seien und es deswegen auch besondere Maßnahmen für Sinti (und Roma) geben muss. Gleichzeitig grenzt er sich als Roma stark von den Sinti und den Roma, besonders zu den Roma, die erst in den letzten Jahren aus den neuen Mitgliedsstaaten nach Deutschland gekommen sind, ab. Er sehe die Gefahr, dass sich die negativen Schlagzeilen, die es durch die Roma aus den neuen EU Mitgliedsstaaten gebe wie die Berichte über Bettelbanden, auch auf die deutschen Sinti auswirken. Auch halten sich viele Roma nicht mehr so eng an die Vorschriften der Kultur wie beispielsweise an das Verbot medizinische oder pflegerische Berufe auszuüben, was für Sinti niemals infrage käme. Trotzdem gehörten auch die Roma zu „seinem Volk“. Auf die Nachfrage meinerseits, ob es denn *eine* Kultur der Sinti Roma gebe, räumt Herr W. ein, dass es verschiedene Sprachen und teilweise verschiedene Kulturen gebe. Hieran wird erneut deutlich, dass die Sinti und Roma keine europäische Minderheit sind, sondern in erster Linie Minderheiten in den Mitgliedsstaaten, in denen sie leben. So zeigen auch die Aussagen von Herrn W., dass es schwierig ist, die Gruppe der Sinti und Roma als homogen zu betrachten, da damit die Heterogenität dieser Gruppe negiert wird (vgl. Koch 2010, S. 260). Dieses merkt auch der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma in seiner Stellungnahme zum EU Integrationsrahmen an: „Roma und Sinti sind keine ‚europäischen Minderheiten‘, sondern nationale Minderheiten in ihren jeweiligen Heimatländern“ (vgl. Zentralrat Deutscher Sinti und Roma 2011, S. 1).

Im Interview betont Herr W., dass die Vermittlung der Bedeutung der Kultur besonders für die jungen Leute wichtig sei. Unter anderem deswegen, weil die Bewahrung der Kultur sie immer vor Fremden, besonders während der nationalsozialistischen Herrschaft geschützt habe. Der Verlust der Kultur und damit auch der Anerkennung der Familie sei das Schlimmste, was Sinti passieren könne. Der Massenmord an den Sinti und Roma im Nationalsozialismus, scheint in den Sinti Familien sehr präsent zu sein. So erwähnt Herr W. an mehreren Stellen des Interviews die prägenden Erfahrungen aus dieser Zeit, die über die Generationen hinweg

weitergegeben werden. Es wird deutlich, dass die schrecklichen Erfahrungen, die die meisten Sinti- und Roma-Familien während der nationalsozialistischen Herrschaft gemacht haben, in der Gemeinschaft sehr lebendig und damit identitätsstiftend sind. Auch besteht dadurch viel Misstrauen auf Seiten der Sinti-Familien gegenüber Behörden und Bildungseinrichtungen.

5.3.2 „Sinti-Sein“ als identitätsbildende Konstruktion

Es zeigt sich also, dass bei vielen Sinti-Familien in Hamburg ein starkes Bewusstsein dafür vorhanden ist, Sinti zu sein. Dieses setzt sich aus verschiedenen Faktoren zusammen: Zum einen sind, wie oben bereits beschrieben, die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus prägend und bestimmen die Identität Sinti zu sein. Zum anderen ist es auch das Gefühl anders zu sein. Diese kulturelle Differenzierung zwischen dem „Wir“ und „den Anderen“ wird Ethnizität genannt (vgl. Jonuz 2009, S. 59 ff.) Nach Denkart konstruktivistischer Theorien konstituiert sich ethnische Zugehörigkeit prozessförmig durch das Handeln der Akteure (vgl. Hahn 2011, S. 119).

Prägend für die konstruktivistische Vorstellung, was eine ethnische Gruppe ist, war der Beitrag Max Webers: Wir können „[...] solche Menschengruppen, welche auf Grund von Ähnlichkeiten des äußeren Habitus oder der Sitten oder beider oder von Erinnerungen an Kolonisation und Wanderung einen subjektiven Glauben an eine Abstammungsgemeinschaft hegen, derart, dass dieser für die Propagierung von Vergemeinschaftungen wichtig wird, [...], ‘ethnische Gruppen’ nennen, ganz einerlei, ob Blutsgemeinschaft objektiv vorliegt oder nicht.“ (Weber 1965, S. 307). Weber sieht damit Ethnizität als eine soziale Kategorie, die sich vor allem aus dem subjektiven Glauben an eine gemeinsame Herkunft und der aktiven Herstellung von Gemeinsamkeiten durch Subjekte konstituiert. Dieses bedeutet folglich, dass auch dann ein Gemeinschaftsgefühl entstehen kann, wenn große Unterschiede innerhalb der Gruppe bestehen. Zentral ist hierbei die aktive Vorstellung bzw. der Glaube an die Gemeinschaft und an eine gemeinsame Herkunft (vgl. Hahn 2011, S. 120 f.). Dies zeigt sich auch bei der Gruppe der Sinti und Roma, in der zwei verschiedene Gruppen zusammengefasst werden, die in sich heterogen sind. Auch der Sinti-Mitarbeiter macht eine Differenzierung zwischen den Sinti und den Roma, sieht die Roma dennoch „seinem“ Volk zugehörig.

Der Anlass für die Differenzierung sind Merkmale wie Habitus (Bourdieu), Sprache oder kollektive Erinnerungen an Vertreibung oder Wanderungen. Diese gewinnen erst dann an Bedeutung, wenn sie in Kontakt mit Gruppen mit anderen Lebensgewohnheiten treten (vgl. ebd., S. 121). Ethnische Gruppen konstituieren sich folglich über Prozesse der Grenzziehung, die zum

einen von innen durch die Selbstidentifikation stattfindet, zum anderen aber auch von außen durch die Zuschreibung als „Andere“ (vgl. Bielefeld 2001, S. 13). Ursache für ethnische Differenzierung ist z.B. Machterhalt oder Schutz und als Mittel zum Machterhalt die soziale Schließung der Gruppe (vgl. Elwert 1989, S. 9). Die Ausführungen des Sinti-Mitarbeiters machen deutlich, dass bei Sinti-Familien eine klare Abgrenzung von innen nach außen stattfindet. Eines der Hauptmerkmale zur Differenzierung ist die erlebte Diskriminierung und im Besonderen das über Generationen weitergegebene Trauma durch die Massenmorde während der NS-Zeit. Gleichzeitig werden dabei aber auch die Zuschreibungen als „anders“, die schon über Jahrhunderte in der Mehrheitsgesellschaft existieren, übernommen und in einem Prozess der Selbstidentifikation übernommen. „Die Selbstzuschreibung von kollektiver Identität ist kein Akt des freien Willens. Sie reagiert in Abwehr, Distanzierung, Anlehnung oder Übernahme auf Fremdzuschreibungen.“ (Elwert 1989, S. 36). Doch ist auch zu beobachten, dass sich das Selbstverständnis, was eigentlich Sinti-Sein ausmacht verändert. Dies wird daran deutlich, dass sich bspw. der Stellenwert von Bildung in den Sinti-Familien verändert.

Auch wurde im Interview deutlich, dass die Sinti (und Roma) selber an der aktiven Gestaltung ihrer Ethnizität beteiligt sind, da von den MitarbeiterInnen des Sinti-Vereins auch immer wieder die Besonderheit und Andersartigkeit der Sinti betont wird. Die enge Bindung an die eigene (selbst hergestellte) ethnische Gruppe dient den Sinti und Roma damit als Schutz gegen Ressentiments von außen⁹.

5.4 Partizipation

Der EU-Integrationsrahmen sieht Partizipation als ein wichtiges Element bei der Etablierung von Maßnahmen zur Integration von Roma in Europa vor. Allerdings wird nicht genau benannt wie diese ausgestaltet werden soll (vgl. Europäische Kommission 2011, S. 14). Klar ist aber, dass eine stärkere Miteinbeziehung von Roma-Organisationen in die Integrationsarbeit stattfinden soll. Es ist nun zu betrachten, wie Partizipation in dem Projekt „Beruflich aktiv mit Sinti und Roma“ umgesetzt wird. Im diesem Projekt findet eine vorbildhafte Form der Partizipation statt, da auch die Professionellen selbst Angehörige der Gruppe sind und nicht nur die KlientInnen. Wie bereits beschrieben ging auch der entscheidende Impuls, der zur Einrichtung des Projekts geführt hat, von dem Vorsitzenden des Sinti-Vereins zur Förderung Kinder und Jugendlicher aus. Sinti (und Roma) sind damit aktiv an der Integration der Sinti (und Roma) beteiligt und mit den Professionellen aus der Mehrheitsgesellschaft auf Augen-

⁹ Trotzdem sollte beachtet werden, dass Ethnizität nicht als einziges Erklärungsmuster von politischen und sozialen Konflikten dienen sollte.

höhe. Gleichzeitig wird daran deutlich, wie heterogen die Gruppe der Sinti und Roma ist, da die Zielgruppe nur einen kleinen Ausschnitt der Menschen umfasst, die zu der Gruppe gezählt werden – nämlich deutsche Sinti, die sehr den „alten Traditionen“ verbunden sind.

5.5 Kritische Zusammenfassung

Die direkten Auswirkungen auf das vom ESF finanzierte Projekt „Beruflich aktiv mit Sinti und Roma“ waren schwierig zu untersuchen, weil sich meine Kenntnisse über das Projekt hauptsächlich auf die Aussagen des Sinti-Mitarbeiters stützen und ich leider keinen Einblick in das Konzept bekommen konnte.

Die Besonderheit des dargestellten Projekts ist die Kooperation zwischen einem Sinti Verein und der Großstadt-Mission. So werden Angehörige der Minderheit zu gleichberechtigten Partnern auf Augenhöhe und es findet eine ideale Form der Partizipation statt. Gleichzeitig finden so Prozesse zur aktiven Herstellung von ethnischer Identität statt, da bei den Sinti-Mitarbeitern ein starkes Bewusstsein darüber herrscht „Sinti zu Sein“ und sie dieses Bewusstsein auch vermitteln. Es werden folglich die Grenzziehungen zwischen Sinti (und Roma) und der Mehrheitsgesellschaft, die auch im EU-Rahmen teilweise gemacht werden, aktiv reproduziert. Hier ist die identitätsstiftende Funktion von Konstruktionen ethnischer Zugehörigkeit anzuerkennen, wenngleich hier nach Meinung der Verfasserin die Gefahr der Verfestigung von Differenzen zwischen der Gruppe der Sinti und Roma und der Mehrheitsgesellschaft besteht.

Das Problem, das zur Einrichtung des Projekts geführt hat, war die fehlende formale Bildung vieler Sinti in Hamburg und der Wille zur Durchbrechung „dieses Teufelskreises“. Dies schließt an das bereits im EU-Rahmen festgestellte Problem der Bildungsferne vieler Sinti und Roma und damit auch die Logik an, dass Bildung der Schlüssel zum ökonomischen Erfolg in unserer Gesellschaft ist. Es geht dabei eben nur um Bildung, die zur Verbesserung der Teilnahme an Schule und Arbeitsleben führt und nicht um bspw. kulturelle Bildung.

Auch konnte festgestellt werden, dass es schwierig ist von einer homogenen Gruppe der Sinti und Roma zu sprechen, da auch der Sinto-Mitarbeiter im Interview geäußert hat, dass es verschiedene Kulturen und Sprachen gebe. Außerdem differenzierte er zwischen den „alteingesessenen“ Sinti und Roma, die in den letzten Jahren zugewandert seien.

Die Großstadt-Mission ist ein zunächst ein Träger der Kinder- und Jugendhilfe und nicht speziell auf die Belange von Sinti und Roma spezialisiert. Ob der ausschlaggebende Grund für die Beschäftigung der Großstadt-Mission mit den Sinti und Roma in der Schwerpunktsetzung

der EU auf die Förderung der Sinti und Roma zu finden ist, konnte ich nicht erschließen. Festzustellen war aber, dass das Projekt aufgrund seines Erfolgs eine weitere Verlängerung um ein Jahr bekommen hat. Dies hängt auf der einen Seite mit der positiven Annahme der Angebote durch die Zielgruppe zusammen, wird aber auch mit der Schwerpunktsetzung der EU zusammenhängen, so die Einschätzung des Sinto-Mitarbeiters.

6. Analyse des Projekts „Zukunft statt Herkunft“ (Karola e.V.)

Der Hamburger Verein Karola, ein Internationaler Treffpunkt für Frauen und Mädchen im Karolinenviertel Hamburger Stadtteil St. Pauli, hat sich zu einer besonderen Anlaufstelle für Roma-Frauen und -Mädchen entwickelt. Der Verein kann auf langjährige Integrationsarbeit mit Roma zurückblicken und ist aufgrund dessen immer mehr zum Experten auf diesem Gebiet geworden. Gleichzeitig richtet sich die Arbeit aber nicht nur an Sinti- und Roma-Frauen, sondern ist nach eigener Angabe Anlaufstelle für Frauen mit und ohne Migrationshintergrund, wengleich es nur noch wenige Besucherinnen gibt, die keinen Roma-Hintergrund haben. Der Leitgedanke des Vereins ist die Förderung des interkulturellen Zusammenlebens. Der Treffpunkt bietet u. a. niedrigschwellige Bildungsangebote, Sozialberatung und Unterstützung bei familiären und persönlichen Problemen an.

Die Vorstellung dieses Projektes soll zur Ergänzung der Beantwortung der Frage, welche Auswirkungen der EU-Integrationsrahmen auf praktische Sozialarbeit hat, dienen. Das Projekt wird durch den Europäischen Integrationsfond finanziert und steht, wie bereits in Punkt 2 erläutert, damit in keinem direkten Zusammenhang zu dem EU-Integrationsrahmen. Allerdings wird davon ausgegangen, dass sich die Linie der Europäischen Roma-Politik auch hier widerspiegelt, sodass eine Analyse des Projekts durchaus ergänzend sein kann.

6.1 Inhalt und Institutionelle Hintergrund

Das Projekt „Zukunft statt Herkunft“ widmet sich der Bildung von Sinti und Roma. Es beinhaltet eine „Lernwerkstatt Lesen und Schreiben“ und ein Beratungsangebot zu Themen wie Grundsicherung, Gesundheitsförderung oder Bildung. Die kontinuierliche Beratung der Frauen parallel zur Teilnahme an den Grundbildungsangeboten soll auftretende Konflikte in den Bildungseinrichtungen der Kinder früh erkennen, um so bspw. Schulabbrüche der Kinder zu verhindern. Ein weiterer Eckpunkt des Projekts ist die Unterstützung von Sinti- und Roma-Jugendlichen in Kooperation mit dem Haus der Familie KIZ e.V. (vgl. Karola 2012a)

Gefördert wird das Projekt zu 75 Prozent über den Europäischen Integrationsfond und zu 25 Prozent durch die Stadt Hamburg. Trotzdem äußerte die zuständige Sozialpädagogin im Interview, dass in der Praxis nicht deutlich werde, dass ein Schwerpunkt der EU zur Zeit auf der Integration der Roma liege. So habe es ihr Projekt sehr schwer gehabt, eine Anschlussfinanzierung durch den Europäischen Integrationsfond zu erhalten. Deutlich wird hier, dass die Integration derjenigen Roma, die EU-BürgerInnen sind gefördert werden soll, Drittstaatenangehörige von dieser Förderung aber ausgeschlossen werden.

Primäre Zielgruppe sind die im Karolinentviertel ansässigen Roma-Frauen, die im Zuge der Gastarbeiteranwerbung aus dem ehemaligen Jugoslawien nach Deutschland gekommen sind sowie die ebenso im Viertel wohnenden serbischen Roma-Frauen. Viele der Frauen sind Analphabetinnen oder funktionale Analphabetinnen, d. h., dass die Frauen so schreiben wie sie sprechen. Das Projekt hat sich damit unter anderem nach dem lokal vorhandenen Bedarf der Menschen gerichtet. Durch die Verbindung von Beratung sowie Angeboten der Gesundheitsförderung und den Bildungsangeboten wird die Teilnahme an den Grundbildungsangeboten ermöglicht und unterstützt. Aufgrund der Distanz vieler Roma-Frauen zu Bildungsangeboten ist die Niedrigschwelligkeit des Projekts essentiell, um die Frauen zu erreichen. Die Pädagogin schilderte im Interview, dass der primäre Grund für das Aussuchen der Einrichtung meistens der Bedarf nach Sozialberatung sei. Die Sozialberatung bilde damit oft den Einstieg zu den Grundbildungsangeboten. Aufgrund der historischen Erfahrungen, vor allem während der Zeit des Nationalsozialismus, stehen Roma-Familien den Bildungseinrichtungen eher skeptisch gegenüber, sodass die Hürden zum Besuch eines Angebots nicht hoch sein dürfen. Auch ist es Frauen in den Roma-Familien durch Belastungen durch die Familienarbeit oft nur schwer möglich, an den Bildungsangeboten teilzunehmen (vgl. Konzept Karola e.V., S. 2).

Ziel des Projekts ist es, „den Teufelskreis aus unzureichender Bildung, Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung [...]“ (vgl. Konzept Karola e.V., S. 1) zu durchbrechen. Die verschiedenen Säulen des Projekts sollen sich gegenseitig ergänzen und psychosozial stabilisierend auf die Frauen wirken (vgl. ebd.).

6.2 Gesellschaftliche und politische Annahmen

Im Folgenden sollen die gesellschaftlichen und politischen Annahmen des Projekts analysiert werden und dabei im einzelnen genauer auf das Menschenbild, auf die Problemstellungen, aus denen sich die Maßnahme entwickelt hat sowie auf die Partizipation der Betroffenen eingegangen werden.

Im Karolinenviertel, in dem sich der Karola e.V. befindet, haben sich durch die Nähe zu einem großen Schlachthof im Zuge der Gastarbeiteranwerbung viele Jugoslawen – und unter ihnen viele Roma – niedergelassen. In den neunziger Jahren gab es große Probleme zwischen den Zugezogenen und den Alteingesessenen. Karola e. V. hatte damals eine Vermittlerrolle inne. Dieses war der Grundstein für die Arbeit mit Roma-Frauen. Die konkrete sozialarbeiterische Arbeit hat sich folglich aus dem im Viertel vorhandenen Bedarf entwickelt (vgl. Karola e.V. /Stroux 2012).

Viele der im Viertel lebenden Roma haben einen sehr niedrigen Bildungsstand. Die Annahme des Projekts „Zukunft statt Herkunft“ ist, dass die Integration der Frauen und ihrer Familien in die Gesellschaft durch Bildung erleichtert wird, denn „ es ist der seit vielen Generationen sich immer wieder schließende Teufelskreis aus unzureichender Bildung, Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung der einer Integration der Roma in der Mehrheitsgesellschaft entgegen steht.“ (Konzept Karola e.V., S. 1). Dabei wird die Skepsis, die in vielen Roma-Familien gegenüber Bildungseinrichtungen besteht, mitgedacht und das Angebot niedrigschwellig konzipiert. So ist beispielsweise eine unregelmäßige Teilnahme, kein Grund von den Bildungsangeboten ausgeschlossen zu werden.

In der Arbeit mit den Roma-Frauen wird ganzheitlich vorgegangen. Das bedeutet zum einen, dass die Beratung zu vielen verschiedenen Themen wie Grundsicherungsanträge, Kindergeld usw. nicht zersplittert wird. Zum anderen wird in der Beratung und der praktischen Arbeit ein lebenslagenorientierter Blick gewählt, der das ganze Familiensystem mit einbezieht. Denn nach der Erfahrung des Vereins können die Frauen nur so die Angebote annehmen.

Wichtig ist den Verantwortlichen außerdem die Vernetzung mit den verschiedenen beteiligten Akteuren aus dem Bildungs- und Sozialwesen, aber auch der Politik. Es ist Karola e. V. ein Anliegen, die Probleme und Sichtweisen der Roma zu vermitteln und die Öffentlichkeit hierfür zu sensibilisieren.

Die Arbeit mit Roma Frauen wird hier folglich nicht nur bei der Betrachtung der Teilnehmerinnen ganzheitlich gedacht, sondern auch bei der Betrachtung des Hilfesystems.

Außerdem ist zu beachten, dass sich Konzepte immer auch an die finanziellen Förderer richten und deren Erwartungen erfüllt werden müssen, um die entsprechende Finanzierung zu erhalten. Wichtig scheint auch immer wieder der Blick auf die Mehrheitsgesellschaft zu sein, so nennt das Konzept als eine Methode „Zeit und Geduld“, da viele der Frauen traumatisiert sind – entweder durch die Kriege in Jugoslawien oder durch Folgen von Traumata, die sich über die Generationen hinweg vererben. Es braucht folglich Zeit und Geduld, damit eine gegenseitige Annäherung stattfinden kann.

Im Interview äußerte Frau B., dass es ihrer Wahrnehmung nach eine größere Offenheit in der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Roma gibt als früher. Es gebe eine Bereitschaft sich zu öffnen, sowohl auf der Seite der Sinti- und Roma-Familien als auch auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft.

6.2.1 Menschenbild

Im Folgenden soll das Menschenbild, das dem Konzept des Projekts zugrunde liegt und das in der Arbeit mit den Roma-Frauen vorherrschend ist, analysiert werden.

In der Standort- und Bedarfsanalyse des Konzepts wird zunächst das gängige Bild von Roma in der Mehrheitsgesellschaft aufgegriffen, von der sie „gemeinhin als besonders „bildungsfern“ und „speziell“ wahrgenommen“ (Konzept Karola e.V., S. 1) werden. Die Ursachen für diese Distanz zu Bildung und Bildungseinrichtungen wird in der jahrelangen Ausgrenzung und Verfolgung, die Sinti und Roma erleiden mussten, gesehen. Die Diskriminierung und Ausgrenzung, die viele Roma erlebt haben und immer noch erleben, wird folglich bei der Betrachtung der Besucherinnen mitgedacht. Das Konzept nennt zudem „spezielle“ Charakteristika der Zielgruppe. In diesen Punkten wird hauptsächlich auf den niedrigen Bildungsstand eingegangen. Außerdem scheinen Merkmale der Zielgruppe häufige Überlastung, Erkrankung und frühe Elternschaft zu sein. So wird hier geschrieben: „Geringer Bildungsstand, frühe Elternschaft, hohe Belastungen durch die Familienarbeit und vielfältige andere Stressfaktoren in der Alltagsbewältigung [...] erschweren, bzw. verhindern die regelmäßige Teilnahme an einem Bildungsangebot“ (Konzept Karola e.V., S. 2). Roma-Frauen werden auch hier als eine Zielgruppe beschrieben, die anders ist als andere Gruppen mit einem Bildungsbedarf (vgl. Konzept Karola e.V., S. 1 f.), denn „ So nehmen nach Deutschland eingewanderte Roma auch heute Bildungsangebote im Rahmen der Regelförderung [...] kaum an“ (Konzept Karola e.V., S. 1). Die Darstellung der „speziellen Charakteristika“ stellt damit aber auch eine Analyse der Bedarfe der Zielgruppe dar. Eine solche Analyse ist notwendig, um die Angebote an den Bedürfnissen der Frauen orientieren zu können. Es wird also versucht, das Angebot passgenau nach den Bedarfen der Zielgruppe zu entwickeln. Das Wort „speziell“ ist bei der Beschreibung der „speziellen“ Charakteristika in Anführungszeichen gesetzt, was darauf hinweist, dass den Konzeptentwicklerinnen bewusst ist, dass dieses „Spezielle“ nicht am „Roma- Sein“ festzumachen ist, sondern eben daran, dass jede Zielgruppe ihre eigenen Merkmale hat, die selbstverständlich nie zu verallgemeinern sind. So ist auch Frau B. im Interview sehr darauf bedacht, nicht zu verallgemeinern.

Im Gegensatz zum vermittelten Menschenbild im EU-Integrationsrahmen wird hier das Spezielle der Roma genauer definiert und gleichzeitig aber deutlich gemacht, dass dieses „Spezielle“ nicht darin liegt, dass die Frauen Roma sind, sondern in den Rahmenbedingungen, wie z. B. Bildungsferne gepaart mit früher Elternschaft. Auch Frau B. hat im Interview darauf hingewiesen, dass sich die Frauen zwar ausgeschlossen fühlen, dies jedoch nicht anders sei als bei anderen durch Armut ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen. Dieses Gefühl des Ausgeschlossen-Seins entstehe eben nicht dadurch, dass die Frauen Roma seien, sondern, dass sie arm seien und wenig Perspektiven hätten. Trotzdem erzählt die zuständige Sozialpädagogin, dass die Frauen ihr eigenes Temperament hätten. Dieses beschreibt sie damit, dass die Frauen alles immer ein bisschen „aufbauschen“ würden und etwas „theatralisch“ seien. Dieses zeigt, dass auch wenn das Bewusstsein bei der Pädagogin vorhanden ist, dass die Roma-Frauen nicht anderes seien als andere Klientinnen, doch eine Abgrenzung zu anderen Frauen stattfindet. Erklären lässt sich das möglicherweise dadurch, dass Kategorisierungen Menschen helfen, die Komplexität von Alltag zu reduzieren (vgl. Uhlmann 1989, S. 120). So hilft auch die Einteilung der Frauen in die Gruppe der Roma, die Heterogenität dieser Frauen und der daraus resultierenden Komplexität zu reduzieren.

Diese Heterogenität wird auch von den Roma-Frauen selbst wahrgenommen. So schildern sie in dem Buch „Bei uns ist das so.“, dass sie zwar Roma seien, die sich jedoch voneinander unterscheiden; „Wir sind Roma, aber wir sind nicht alle gleiche Roma“ (Konzept Karola e.V. 2012, S. 9). So sehen sich also die Roma-Frauen auch nicht als eine homogene Gruppe der Roma, sondern sehen Unterschiede beispielsweise darin, welche Sprache verwendet wird; „Wir sind Zigeuner, aber es gibt viele verschiedene Zigeuner. Wir reden mehr serbische Worte, als zigeunerische Worte“ (vgl. ebd.)

Auch wird noch mal das „Vermächtnis unserer gemeinsamen Geschichte“ (Konzept Karola e.V. 2012, S. 2) erwähnt, das bei der Arbeit mit Roma immer mitgedacht werden muss und aufgrund dessen Beziehungsarbeit für eine erfolgreiche Arbeit mit Roma essentiell ist (vgl. ebd.). Im vorliegenden Konzept werden die Frauen als handlungsfähige Subjekte gesehen, die eigene Bedürfnisse und Wünsche haben. So wurden sie bspw. nach ihren eigenen Wünschen zur Gestaltung des Projekts gefragt. Auch wird mit den Teilnehmerinnen im Sinne des Empowerments gearbeitet. So sollen die Frauen in der Gesundheitsförderung dazu befähigt werden, selber etwas für ihr Wohlbefinden zu tun. Hier wird folglich ressourcenorientiert auf die Teilnehmerinnen geschaut, um sie selber zu befähigen, ihren Alltag zu gestalten und ihre Gesundheit zu verbessern. Karola e. V. möchte den Teilnehmerinnen zudem den Raum bieten, positive Erfahrungen und Stärkungen zu erfahren, um so ihre Selbstwirksamkeit zu ver-

bessern: „Eine wichtige Ressource für die eigene Perspektiventwicklung sowie für die Bewältigung des alltäglichen Lebens werden für die Teilnehmerinnen die Erfahrung von persönlicher Stärkung, von Vertrauen und von Förderung sein.“ (Konzept Karola e.V. 2012, S. 3). Die Frauen sollen also auch hier gestärkt werden und werden als Subjekte betrachtet, die es zu fördern gilt, um ihren Alltag und den ihrer Familien gelingender zugestalten. Deutlich wird das auch in der Diskussionskultur, die Frau B. im Interview schildert. So sei man sich zwar über vieles wie z. B. die frühe Elternschaft oder das Abbrechen der Schule nicht einig, aber es gebe immer die Möglichkeit über alles zu diskutieren. Hier wird auch deutlich, dass die Frauen als Subjekte gesehen werden, mit denen man diskutieren kann und deren Meinung etwas wert ist.

6.2.2 Problemstellungen, aus denen sich die Maßnahmen entwickeln

Es gibt verschiedene Problemstellungen, die zur Einrichtung des Projekts „Zukunft statt Herkunft“ geführt haben. Das hauptsächlich zu bearbeitende Problem ist die unzureichende Bildung vieler Roma-Frauen. So wird in der Standort- und Bedarfsanalyse des Konzepts festgestellt, dass nur wenige der im Karolinentempel wohnenden Roma-Familien sozial integriert und die meisten von ihnen von sozialen Transferleistungen abhängig sind. Wie bereits beschrieben sieht der EU-Rahmen explizit vor, die Alphabetisierungsrate bei Kindern und Erwachsenen zu erhöhen (vgl. Europäische Kommission 2011, S. 6). An dieses Instrument zur Verbesserung der Bildung von Roma schließt das Projekt „Zukunft statt Herkunft“ an. Der Schwerpunkt der Bildungsförderung des EU-Rahmens liegt jedoch auf der Förderung der Bildung der Kinder und Jugendlichen, sodass auch im Konzept des Projekts ein Bogen zwischen der Bildung der Frauen und der Bildung ihrer Kinder gezogen wird. Denn eine verbesserte Bildung auf Seiten der Frauen werde auch zu einer verbesserten Bildung und weniger Schulabsentismus bei den Kindern führen (vgl. Konzept Karola e.V. 2012, S. 3).

Auch in diesem Fall bezieht sich Bildung auf formale Bildung und die oben bereits dargestellten Ausführungen zur Bildung gelten auch in diesem Projekt.

Im Konzept wird, wie bereits oben dargestellt, herausgestellt, dass sich die fehlende Bildung bei den Roma-Frauen anders äußert als bei Nicht-Roma Frauen, wemgleich die Sozialpädagogin im Interview äußert, dass sich die Besucherinnen des Treffpunkt nicht explizit von anderen Frauen unterscheiden. Auch sind die Bildungsangebote nicht der primäre Grund dafür, dass die Frauen den Treffpunkt besuchen. Zunächst geht es oft erst einmal darum Hilfe bei Anträgen, bei Streit mit dem Vermieter oder bei der Bezahlung von Rechnungen zu bekom-

men. Dies sind aber keine Instrumente, die die EU im Integrationsrahmen vorsieht, um die Integration der Roma zu fördern, sodass der Verein bei seinen Zielsetzungen auf solche zurückgreifen muss, die von der EU vorgesehen sind, wie z. B. die Förderung der Bildung von Roma.

Sozialarbeit muss sich gerade bei der Entwicklung von Konzepten, die notwendig sind, um eine Finanzierung zu erhalten, an die Lesart der Financiers halten. So wird mit dem EU-Integrationsrahmen impliziert, dass Roma spezielle Maßnahmen benötigen, da konventionelle Maßnahmen nicht greifen würden. Dies muss bei der Entwicklung eines Konzepts gerechtfertigt werden, da sonst auch andere Förderinstrumente in Fragen kommen würden. Gleichwohl die Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagoginnen bei den Roma Frauen gar kein spezielles Problem sehen, müssen sie in der Beschreibung ihrer Projekte die Konstruktionen der Sozialpolitik und im Besonderen der Europäischen Union reproduzieren. Und diese sieht – wie bereits dargestellt – die Gruppe der Sinti und Roma als eine hilfebedürftige Gruppe, die gewisse Besonderheiten aufweist und für die es notwendig ist, spezielle Maßnahmen zu entwickeln. Die Konstruktion der Verantwortlichen im Verein Karola und die Konstruktion der Sozialpolitik der Europäischen Union sind damit folglich nicht deckungsgleich.

Unabhängig von dem speziellen Projekt hat sich die Arbeit des Vereins mit Roma aus den Problemen in den 1990er Jahren im Karolinenviertel entwickelt. Folglich war der Bedarf vorhanden und die Soziale Arbeit hat in dem Fall reagiert.

6.2.3 Partizipation von Betroffenen

Wie bereits im vorangegangenen Abschnitt kurz beschrieben, wurden die Frauen im Rahmen partizipativer Erhebungsmethoden zu ihren Bedarfen befragt. Im Rahmen dessen wurde auch von den Frauen der Wunsch geäußert, mehr für ihre Gesundheit tun zu wollen. Dieses Anliegen wurde ernst genommen und die Gesundheitsförderung nimmt nun einen festen Platz bei Karola e. V. ein.

Auch die Namen für die verschiedenen Projekte wurden mit den Teilnehmerinnen gemeinsam gesucht. So hieß das Vorgängerprojekt des Projekts „Zukunft statt Herkunft „ Poverenje“. „Poverenje“ ist ein aus dem Serbischen stammender Begriff, der in das Romanes übergegangen ist und bedeutet Vertrauen. Romanes ist die gemeinsame Sprache der Roma, die jedoch auch je nach Herkunftsland viele Wörter aus den Sprachen dieser beinhaltet (vgl. Solms 2007, S. 18). So „können sich ein deutscher Sinto und ein ungarischer Rom nur mit Mühe auf Romanes verständigen“ (Solms 2007, S. 18). Durch die Beteiligung an der Namensgebung

des Projekts und die Verwendung eines Begriffs aus dem Romanes kann für die Teilnehmerinnen eine größere Identifikation mit dem Projekt stattfinden. Karola e. V. sieht gerade in der Arbeit mit Roma Partizipation als einen besonders wichtigen Faktor, da für viele Sinti und Roma Integration oft erzwungene Eingliederung bedeutete. Eine Beteiligung an der Gestaltung der Projekte baut Hemmschwellen gegenüber Integrationsbemühungen ab und wird damit niedrigschwelliger. Wichtig ist an dieser Stelle, dass hier nicht irgendeine übergeordnete Gruppe zu den Bedarfen der Frauen befragt wird, sondern die Frauen selbst. So wurde vermieden, dass die Besucherinnen von Menschen vertreten wurden, die sie eigentlich nicht repräsentieren. Auch konnte durch die neue EU-Förderung eine junge Romni eingestellt werden, die als Mittlerin in der Arbeit dienen soll. Eine Einbeziehung von Angehörigen der ethnischen Minderheit, macht deutlich, dass der Verein eine Beteiligung von Roma in der Arbeit als Bereicherung schätzt. Auch baut die Partizipation von KlientInnen in der Sozialen Arbeit die ungleichen Machtverhältnisse zwischen KlientInnen und Professionellen ab, da hierbei ein bewusster Machtverzicht stattfinden kann (vgl. Urban-Stahl 2012, S. 75). Wenn also eine Partizipation der Roma-Frauen stattfindet, macht dies deutlich, dass Soziale Arbeit als Repräsentantin der Mehrheitsgesellschaft die Roma-Frauen nicht nur als Problem sieht, sondern als Teile der Gesellschaft, deren Meinung wichtig ist.

6.2.4 „Kultur“ der Roma

Zusätzlich wird in an dieser Stelle die Auswertungskategorie „Kultur der Roma“ hinzugefügt. Anzumerken ist an dieser Stelle, dass es wohl schwierig sein wird, eine anerkannte Definition darüber zu finden, was Kultur ist. Allerdings wird Kultur in den letzten Jahrzehnten immer wieder dazu verwendet, Grenzziehungen zwischen Minderheiten und Mehrheiten zu machen (vgl. Jonuz 2009, S. 71 f.) So ist auch bei dieser Kategorie mitzudenken, dass der Kulturbegriff oft missbraucht wird, um Konflikte zwischen Bevölkerungsgruppen mit kulturellen Differenzen zu erklären (vgl. ebd., S. 72). Besonders Problemlagen, mit denen Sinti und Roma belastet sind, werden oft kulturalisiert, d. h., die Ursachen der Probleme werden nicht in den Rahmenbedingungen und den äußeren Umständen gesucht, sondern die Annahme ist stattdessen, dass diese der Kultur der Roma inhärent sind (vgl. ebd., S. 63f.). Diese Kategorie kann bei der Annäherung an die Frage helfen, wer *die* Sinti und Roma überhaupt sind und ob es eine Kultur der Roma gibt.

Prägend in der Arbeit mit den Roma-Frauen im Treffpunkt ist der Satz „Bei uns ist das so“, womit laut Einschätzung der Sozialpädagogin gemeint ist, dass es bei ihnen anders ist als bei

den meisten anderen Menschen oder Familien. So wird in einem Heft von Karola e.V., in dem es um den Alltag der Roma-Frauen geht, geschrieben: „Aber das ‚Bei uns!‘ ist kein geographischer Ort, kein Land“ (Konzept Karola e.V. 2012, S. 5). Genau definieren könnten die Frauen ihr Gefühl, anders zu sein als andere, nicht. Ihrer Einschätzung nach hängt dieses Gefühl jedoch mehr mit dem Ausgeschlossensein von Gesellschaft durch das niedrige Bildungsniveau zusammen als mit dem Roma-Sein. Gleichwohl entsteht durch dieses Gefühl eine Identität, die aber von Problematiken in Schule sowie Exklusion von Gesellschaft und Armut geprägt ist. Auch erlebt die Pädagogin es nicht, dass die Frauen sich einer bestimmten, ihrer eigenen Kultur bewusst wären und diese auch lebten. In einer gewissen Weise seien die Frauen aber auch kulturell anders als andere Migrantinnen geprägt, da sie in Serbien sozialisiert wurden. Trotzdem sagen die Frauen von sich, sie seien Romni und nicht Serbinnen. Hierzu ist jedoch zu sagen, dass laut Frau B. die Frauen erst in ihrer Einrichtung gelernt hätten, sich selbst als Roma zu bezeichnen. Denn sie wüssten, wenn sie sagen, sie sind Roma, sind sie sogar willkommen. So erzählte mir Frau B. von einem Erlebnis, dass eine der Frauen in der Beratung sagte „Wir, Roma oder Zigeuner oder wie ihr sagt“. An diesem Beispiel wird deutlich, dass die Frauen erst von der Mehrheitsgesellschaft gelernt haben, sich selbst so zu bezeichnen. So ist dies für die Besucherinnen des Treffpunkts eine soziale Rolle, die ihnen zum einen vorgegeben wird, die sie zum anderen aber auch annehmen, weil sie in diesem Fall mit bestimmten Vorteilen besetzt ist. So bekommen die Frauen als Romni Hilfe bei ihrem Alltag im Treffpunkt. An dieser Stelle wird deutlich, dass Roma eine Konstruktion der Mehrheitsgesellschaft ist, die eine lange Geschichte hat und von den so Bezeichneten dann auch angenommen wird. Sicher spielt auch die Tatsache eine Rolle, dass die Akzeptanz durch die Mehrheitsgesellschaft mit ihrem tief verwurzelten Antiziganismus nicht gegeben ist, sodass eine Selbstidentifikation mit der Gruppe der Roma stattfindet (vgl. Thelen 2005, S. 51). Für die Frauen selbst scheint es aber nicht so wichtig zu sein, zu welcher Gruppe sie nun gehören. Präsent scheint allenfalls das Gefühl, anders zu sein. Doch anders und ausgeschlossen fühlen sich möglicherweise auch andere Bevölkerungsgruppen aufgrund von Armut. So stellte die Nationale Armutskonferenz in ihrem Abschlusspapier 2010 fest, dass Armut und soziale Ausgrenzung eng miteinander verbunden sind – egal, welcher Bevölkerungsgruppe man angehört (vgl. Nationale Armutskonferenz 2010, S.7f.). Diese Vermutung stellte auch die Sozialpädagogin in ihrem Papier auf.

Trotzdem wirkt „Ethnizität heute als ein Identitätsmerkmal [...], [das] zur Identifikation dient“ (Jocham 2010, S. 12). So kann das Anders-Sein einen Namen bekommen, in dem die Frauen sich als Roma bezeichnen.

Hier wird auch deutlich, wer bestimmt, wer zur Zielgruppe des Projekts gehört. Wenn die Frauen von sich sagen, sie sind Roma, können sie an dem Projekt teilnehmen.

Dass viele Frauen in Serbien aufgewachsen und sozialisiert wurden, macht deutlich, dass viele ihrer Verhaltensweisen nicht Roma-typisch, sondern Balkan-typisch sind (vgl. Mappes-Niedeck 2011, S. 9). So erscheinen dem westeuropäischen Beobachter manche Verhaltensweisen der Roma-Familien möglicherweise fremd und er schiebt dies auf eine vermeintliche Kultur der Roma, wohingegen dieses laut Einschätzung des Journalisten Mappes-Niedeck eher mit den kulturellen Eigenheiten der Herkunftsländer zu erklären ist. Auch dieser Aspekt macht deutlich, dass es in dem Sinne *die* Kultur der Roma nicht gibt, sondern diese eben auch deswegen so heterogen sind, weil sie immer auch von den Herkunftsländern der Roma geprägt sind.

6.3 Kritische Zusammenfassung

Das Projekt „Zukunft statt Herkunft“ beschäftigt sich mit der Grundbildung von Roma-Frauen. Die meisten Besucherinnen des Vereins Karola e.V. sind – obwohl Karola e.V. ein interkultureller Frauentreff ist und sich nicht explizit an Roma-Frauen richtet – Roma-Frauen. Entgegen der Annahme, dass Karola e.V. sich unter anderem deswegen mit Roma-Frauen beschäftigt, weil die Arbeit mit Roma gerade einen Schwerpunkt in der finanziellen Förderung darstellt, hat sich diese bei Karola e.V. aus den Bedarfen der Roma im Stadtteil entwickelt. Bereits bestehende Organisationen suchen sich je nach politischem Klima und Wichtigkeit ihr soziales Problem (vgl. Groenemeyer, S. 34 f.). Das Problem bestand hier schon lange bevor sich die EU mit den Roma beschäftigte. So gab es während der 1990er Jahre massive Probleme zwischen Alteingesessenen und den zugezogenen Roma-Familien. Zu dieser Zeit entwickelte sich der Internationale Treffpunkt Karola e.V., in dem dann auch eine Gruppe für Roma-Mädchen entstand (vgl. Konzept Karola 2012, S. 5). Bei der Entstehung des Projekts spielten ähnliche Rahmenbedingungen und Ursachen, wie im EU-Integrationsrahmen beschrieben, eine Rolle. Das hauptsächliche Problem ist hier aber die fehlende Bildung der Roma-Frauen. Dies ist eine Problematik, von der andere Zielgruppen Sozialer Arbeit genauso betroffen sind, wie Roma. Trotzdem sei aber eine besondere Konzeption für Roma notwendig. So wird im Konzept beschrieben:

„So nehmen nach Deutschland eingewanderte Roma auch heute Bildungsangebote im Rahmen der Regelförderung, wie z. B. Integrationskurse kaum wahr. Wirkt sich der äußere Druck [...] dann doch so motivierend aus, einen Kurs zu besuchen, werden sie über kurz oder lang von den jeweiligen Trägern wieder verabschiedet, weil sie „nicht passen“. (Konzept Karola e.V., S. 1)

Auch im EU-Integrationsrahmen wird beschrieben, dass die „herkömmlichen Maßnahmen zur sozialen Integration für die spezifischen Bedürfnisse der Roma“ in vielen Fällen unzureichend waren (vgl. Europäische Kommission 2010, S. 4). Den Roma werden also auch hier bestimmte Besonderheiten zugeordnet, die es scheinbar notwendig machen, spezifische Maßnahmen für Roma zu entwickeln. Im Gegensatz zum EU-Integrationsrahmen wird im Konzept von Karola e. V. jedoch deutlich, dass den Konzeptentwicklerinnen bewusst ist, dass eine Beschreibung von bestimmten Spezifika der Roma auch gefährlich sein kann. So werden die „speziellen“ Charakteristika in Anführungszeichen gesetzt.

Nach Aussage der Sozialpädagogin des Vereins hatte es bis jetzt keine Auswirkungen auf die Arbeit, dass ein Schwerpunkt der EU auf der Förderung der Integration der Roma liegt. Sie habe zwar bemerkt, dass von anderen Akteuren in dem Bereich der Sozialen Arbeit Roma als neue Zielgruppe der Sozialen Arbeit wahrgenommen werden. Ihr Verein arbeite aber schon lange mit dieser Gruppe. Im Interview schildert sie, dass es eher schwierig sei, eine Anschlussfinanzierung für ihre Projekte zu bekommen. Dieses könnte möglicherweise auch daran liegen, dass der EU-Integrationsfond nicht zu den Finanzierungsinstrumenten der EU gehöre. Trotzdem müssen Roma als Zielgruppe der Sozialen Arbeit anerkannt sein, um mit diesen arbeiten zu können, denn „Für Institutionen der Problembearbeitung sind öffentliche Diskurse und die in ihnen etablierten Problemkategorien von Bedeutung, insofern sie die Organisationen mit Legitimation und Reputation, für die von ihnen durchgeführten Maßnahmen und Angebote versorgt“ (Groenemeyer 2010, S. 29).

Das Konzept betrachtet die Roma-Frauen und ihre multiplen Problemlagen weitaus differenzierter als es im EU-Integrationsrahmen durchführbar ist. Dies wird möglich, da sich das Projekt auf eine sehr spezielle Gruppe von Roma richtet: Roma-Frauen aus Serbien, ansässig im Stadtteil Hamburg-St.Pauli. So werden auch die Besonderheiten, die die Roma-Frauen ausmachen genauer benannt. Diese Beschreibung der Besonderheiten kann aber auch als eine Beschreibung der Merkmale der Zielgruppe verstanden werden, wie es immer notwendig ist bei der Erarbeitung eines Konzepts in der Sozialen Arbeit. Auch die Sozialpädagogin betont, dass die Roma-Frauen zwar nicht anders seien als andere Zielgruppen, trotzdem hätten die Frauen ein eigenes Temperament. Zudem hat sie, genauso wie die Frauen selbst, auch die Heterogenität der Frauen betont, sodass man auch nicht sagen könne, was die Roma-Frauen ausmache.

Außerdem werden die Frauen in ihrem Familiensystem betrachtet und die Notwendigkeit gesehen, dieses in die Arbeit mit einzubeziehen. Zudem haben die Frauen die Möglichkeit am Projekt zu partizipieren. Dies macht deutlich, dass die Frauen im Projekt „Zukunft statt Herkunft“ nicht als soziale Probleme sondern als individuelle Subjekte gesehen werden, die an

Gesellschaft partizipieren können. Betrachtet man die Ebene der Klientinnen zeigt sich, dass die Frauen die Rolle annehmen, die ihnen von der Mehrheitsgesellschaft zugeschrieben wird. Es findet hier folglich eine Selbstidentifikation statt. Dies zeigt aber auch, dass Roma-Sein ein Konstrukt ist, welches die Frauen annehmen. Das Gefühl des „Anders-Sein“, das viele Frauen wahrnehmen, setzt sich wohl dadurch zusammen, dass Armut meist mit Ausgrenzung einhergeht und die Frauen zudem in anderen Ländern sozialisiert wurden. Es zeigt sich also auch an vorangegangenen Ausführungen, dass die Gruppe der Roma konstruiert ist und die Frauen diese Konstruktion auch annehmen. Allerdings muss diese Konstruktion nicht immer negativ sein, denn sie birgt auch Möglichkeiten der Identifikation. Auch hat die Analyse des Projekts gezeigt, dass die Konstruktion der Sinti und Roma nicht immer bedeuten muss, die einzelnen Individuen, die hinter diese Gruppe stehen, als Objekte zu behandeln. Denn auch konstruierte Identitäten können an Gesellschaft teilnehmen und als handlungsfähige Subjekte behandelt werden.

7 Fazit

In der vorliegenden Arbeit wurde deutlich, dass in dem groß angelegten Integrationsrahmen der Roma bis 2020 das „Problem Sinti und Roma“ politisch und institutionell implementiert werden konnte. Die Probleme, die zur Einrichtung des Integrationsrahmens aber auch zur Einrichtung der untersuchten Projekte geführt haben, treten nicht speziell bei Sinti und Roma auf. Sie korrespondieren mit Problemen, mit denen Menschen jenseits von Gruppenzugehörigkeiten in ähnlich prekären Lebenslagen zu kämpfen haben. Sozialpolitik und im Speziellen auch der EU-Integrationsrahmen lassen den Schluss zu, dass Probleme wie Diskriminierung oder wirtschaftliche und soziale Ausgrenzung mit der Gruppe der Sinti und Roma gleichzusetzen sind. Die Schwierigkeit dabei ist, dass somit das Bild einer homogenen Gruppe der Sinti und Roma mit homogenen Merkmalen verfestigt wird, da kaum Hinweise auf die Heterogenität dieser Gruppe zu finden sind. Sinti und Roma sind jedoch so heterogen, dass es schwierig ist, überhaupt von einer einheitlichen Gruppe zu sprechen. Dies wird schon an den unterschiedlichen Sichtweisen auf die Roma-/ Sinti-Identität von den TeilnehmerInnen in den untersuchten Projekten deutlich. So war für die Sinti des Projekts „Beruflich aktiv mit Sinti und Roma“ die Wahrung der Identität als Sinti ein wichtiges Anliegen und das Sinti-Sein damit identitätsstiftend. Dahingegen konnte bei den Teilnehmerinnen des Projekts „Zukunft statt Herkunft“ kein starkes Bewusstsein, Roma zu sein, festgestellt werden. Gerade diese Heterogenität spricht aber dafür, dass es schwierig ist, von einer homogenen Gruppe der Sinti und

Roma zu sprechen, wie es in Sozialpolitik oft getan wird. Es hat sich aber gezeigt, dass die Konstruktion der Mehrheitsgesellschaft, die vor allem in einer Abgrenzung zwischen dem „Wir“ und „den Anderen“ von den Angehörigen der Gruppe übernommen wird. Auch der EU-Rahmen macht eine klare Differenzierung zwischen den Sinti und Roma und der Mehrheitsgesellschaft. Diese Differenzierung liegt schon im Wesen des Integrationsrahmens selbst, da dieser speziell für die Gruppe der Sinti und Roma konzipiert wurde.

Das hauptsächlich zu bearbeitende Problem bei den vorgestellten Projekten war, in Anknüpfung an den EU-Integrationsrahmen, die fehlende Bildung der TeilnehmerInnen. Dabei fand eine einseitige Reproduktion des Bildungsbegriffs, der nur die formelle Bildung mit einbezieht, statt. Gleichzeitig wurde dabei auf die Logik der Notwendigkeit der ökonomischen Verwertbarkeit von Menschen, die von der EU postuliert wird, zurückgegriffen.

Auch fand ein Rückgriff auf die Konstruktion der Politik statt, indem in beiden Projekten die Besonderheiten der Sinti und Roma betont wurden, ohne genauer zu benennen, worin diese bestehen, wenngleich im Projekt „Zukunft statt Herkunft“ dieses differenzierter betrachtet wurde.

Es zeigt sich folglich, dass Sinti und Roma häufig von Politik und Sozialpolitik mit der Kategorie eines sozialen Problems gleichgesetzt werden. Unter dieser Kategorie werden dann soziale Problemlagen wie Armut, Ausgrenzung, Delinquenz, Diskriminierung oder ein niedriges Bildungsniveau subsumiert. Denn von einer homogenen Gruppe zu sprechen, wie es in politischen und gesellschaftlichen Kontexten oft getan wird, ist bei der Heterogenität der Menschen, die unter diesem Label zusammengefasst werden, gar nicht möglich. Auch dieser Aspekt zeigt, dass es nicht *die* Gruppe der Sinti und Roma gibt.

Trotzdem ist es möglicherweise gefährlich, wenn man die Roma-Frage nur als soziale Frage betrachtet, denn dann werden die Umstände der besonderen Diskriminierung außer Acht gelassen, denen Roma in Europa ausgesetzt sind (vgl. Thelen 2005, S. 39).

Viele der Menschen, die zu der Gruppe der Sinti und Roma gehören, begreifen dieses Roma / Sinti-Sein als ihre Identität und Wissenschaft sollte nicht den Fehler machen, diesen Menschen die Legitimation ihres Seins entziehen zu wollen.

Bei der Dekonstruktion von kollektiven Identitäten ist deswegen immer die Frage mitzudenken, inwieweit dabei nicht Wissenschaft Menschen vorschreibt, wer sie sind oder eben nicht sind. Denn durch solche Dekonstruktionen kann die Gefahr entstehen, der noch relativ jungen Sinti- und Roma-Bürgerrechtsbewegung ihre Legitimation zu nehmen oder das Missverständnis entstehen „Zigeuner soll es nicht mehr geben“ (vgl. Eulberg 2009, S. 65 f.).

Wichtig ist eher, gerade für die Soziale Arbeit, sich immer wieder deutlich machen, dass Politik und Gesellschaft maßgeblich mitdefinieren, was wir unter diesem vermeintlich homogenen Konstrukt der Sinti und Roma verstehen, ohne dabei die Identität von Menschen, die sich selbst als Roma oder Sinti bezeichnen, in Frage stellen zu wollen.

Trotzdem bleibt folgende Frage offen: Wenn es nicht *die* Kultur gibt und die Gruppe der Sinti und Roma eine Konstruktion ist, wieso hat sich diese Konstruktion über einen so langen Zeitraum hinweg gehalten? Ein Erklärungsansatz hierfür wäre, dass ein „Wir“ immer die Konstruktion des „Anderen“ benötigt. So wird „zigeunerische Lebensweise“ oft als Gegendarstellung zur bürgerlichen Gesellschaft gesehen, denn sie beinhaltet die romantische Vorstellung von einem freien Leben und die Sehnsucht nach diesem (vgl. Eulberg 2009, S. 44). Jocham schreibt dazu; „Das unbewusste eigene Fremde wird an der beunruhigenden Fremdheit des Anderen erfahrbar“ (Jocham, S. 57). So waren und sind Sinti und Roma vielleicht immer eine Projektionsfläche für das Gegenbild, welches die europäischen Gesellschaften benötigten, um ihre eigenen Wünsche nach dem Ausbruch aus der geordneten, bürgerlichen Gesellschaft, zu unterdrücken.

Literaturverzeichnis

Agentur für Europäische Grundrechte (FRA) 2009:

http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/413-EU-MIDIS_ROMA_DE.pdf

(Zugriff 09.02.2013, 14:00)

Alte Feuerwache e.V. – Jugendbildungsstätte Kaubstraße (Hrsg.), (2010): Methodenhandbuch zum Thema Antiziganismus: für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit. 1. Auflage. Münster: Unrast Verlag.

Bielefeld, Ulrich (2001): Ethnizität und Existenz. In: Rademacher, Claudia / Wiechens, Peter (Hrsg.) (2001): Geschlecht – Ethnizität - Klasse. Zur sozialen Konstruktion von Hierarchie und Differenz. Opladen: Leske und Budrich. S. 129-143.

Boes, Mathias / Schmidt, Verena (2012): Staatsbürgerschaft – ein Auslaufmodell? Zur Dialektik der Konstruktion von Mitgliedschaft in nationalstaatlich verfassten Gesellschaften. In: Peter, Georg / Krauß, Reuß-Markus (Hrsg.) (2012): Selbstbeobachtung der modernen Gesellschaft und die neuen Grenzen des Sozialen. Wiesbaden: Springer Fachmedien. S. 53-73

Bogner, Alexander / Menz, Wolfgang (2009): Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktionen. In: Bogner, Alexander / Beate Littig et al. (Hrsg.) (2009): Experteninterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder., 3. grundlegend überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 61-99

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Europäischer Integrationsfond (EIF). Online unter: <http://www.bamf.de/DE/DasBAMF/EUFonds/EIF/eif-node.html> (letzter Zugriff 29.04.2013, 16:00)

Bundesjugendkuratorium (2001): Zukunftsfähigkeit sicher! – Für ein neues Verhältnis von Bildung und Jugendhilfe. Eine Streitschrift des Bundesjugendkuratoriums. Online unter: http://www.bundesjugendkuratorium.de/pdf/19992002/bjk_2001_stellungnahme_zukunftsfahigkeit_sichern.pdf (Zugriff 26.03.2013. 15:00)

Bratic, Ljubomir (2012): Roma in Europa – ein Blick aus Romanistan auf die Roma-Strategie 2020. Online unter: <http://www.eu-infothek.com/article/roma-europa-ein-blick-auf-romanistan-auf-die-roma-strategie-2020> (Zugriff 18.03.2013)

Bratic, Ljubomir (2013): Der Körper der Roma. Online unter: <http://romanosmose.wordpress.com/2013/02/21/der-korper-der-roma/> (Zugriff: 18.03.2010)

Danckwortt, Babara (1998): Sozialarbeit mit „Zigeunern“? – Ein historisch vorbelastetes Verhältnis. In: del Mar Castro Varela, Schulze, Sylvia et. al (Hrsg.) (1989): Suchbewegungen. Interkulturelle Beratung und Therapie. Tübingen: dgvt-Verlag. S. 73-108

Deutschlandradio (2013): Allein gelassen und ignoriert. Die Bildungsteilhabe der deutschen-Sinti und Roma. Online unter: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/1610665/> (Zugriff: 21.03.2013, 15:00)

Durdel, Anja (2002): Der Bildungsbegriff als Konstruktion. Orientierungs- und handlungsleitendes Potenzial des Bildungsbegriffes. Hamburg: Verlag Dr. Kovac.

Elwert, Georg (1989b): Nationalismus, Ethnizität, Nativismus- über die Bildung von Wir-Gruppen. In: Waldmann, Peter / Elwert, Georg (Hrsg.): Ethnizität im Wandel. Saarbrücken; Fort Lauderdale: Verlag Breitenbach. S. 21-60.

End, Marcus (2011): Bilder und Sinnstruktur des Antiziganismus. In: Bundeszentrale für politische Bildung (2011): Aus Politik und Zeitgeschichte: Sinti und Roma. Berlin. S. 15-21

Eulberg, Rafaela (2009): Doing gender und Doing gypsy. Zum Verhältnis der Konstruktion von Geschlecht und Ethnie. In: End, Markus / Herold, Kathrin et. al (Hrsg.) (2009): Antiziganistische Zustände. Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments. Münster: Unrast Verlag. S. 41-66

Europäische Kommission (2011): EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020. Brüssel.

Europäische Kommission, Justiz (2011a): Ein gewaltiger Schritt zur Eingliederung der Roma. Stop-Discrimination Newsletter. Sommer 2011. Online unter:
http://ec.europa.eu/justice/discrimination/files/stop_discrimination_newsletter_072011_de.pdf
(Zugriff 02.02.2013, 14:00)

Europäische Kommission (2012): Nationale Strategien zur Integration der Roma: erster Schritt zur Umsetzung des EU Rahmens. Brüssel

Europäische Kommission (2013): Der Europäische Sozialfond. Online unter:
<http://ec.europa.eu/esf/main.jsp?catId=35&langId=de> (Zugriff 10.03.2013, 14:00)

Europarat (2013): Making Human Rights for Roma a reality. Online unter:
<http://hub.coe.int/web/coe-portal/roma> (Zugriff: 12.03.201, 12:00)

European Union Agency for fundamental rights (2013):
<http://fra.europa.eu/de/news/2012/die-fra-auf-der-auerordentlichen-europischen-plattform-fr-die-einbeziehung-der-roma-es-ist> (Zugriff: 21.01.2013, 15:00)

Flick, Uwe (2002): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. vollst. überarb. und erw. Neuausg., (6. Auflage). Reinbek: Rowohlt Verlag.

Freie und Hansestadt Hamburg. Amt für Wirtschaft und Arbeit (2008): Leistungsbeschreibung ESF. Online unter: <http://www.esf-hamburg.de/contentblob/1615368/data/lb-b1-in7-roma-sinti-15-08-08.pdf> (Zugriff: 23.03.2013, 13:30)

Glaserfeld, von Ernst (1997): Konstruktion der Wirklichkeit und des Begriffs der Objektivität. In: Gumin, Heinz / Meiner, Heinrich (Hrsg.) (1997): Einführung in den Konstruktivismus. München: R. Piper GmbH & Co. KG. S. 1-26

Gläser, Jochen / Laudel Grit (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften..

Gläser, Jochen / Grit (2009): Wenn zwei das Gleiche sagen. Qualitätsunterschiede zwischen Experten. In: Bogner, Alexander / Beate Littig et al. (Hrsg.) (2009): Experteninterviews.

Theorien, Methoden, Anwendungsfelder. 3., grundlegend überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 137-159

Groß, Martin / Lang, Volker (2012): Gesellschaftliche Ausschlussmechanismen und Wege zur Inklusion. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2012): Aus Politik und Zeitgeschichte: Ungleichheit, Ungleichwertigkeit. Bonn. S. 19-26

Großstadt Mission 2013: Über uns. Online unter:

http://www.grosstadtmission.de/ueber_uns_ausrichtung.html (Zugriff: 10.03.2013, 17:00)

Groenemeyer, Axel (2010): Doing Social Problems - Doing Social Control. Mikroanalysen der Konstruktion sozialer Probleme in institutionellen Kontexten – Ein Forschungsprogramm. In: Groenemeyer, Axel (Hrsg.) (2010): Doing Social Problems. Mikroanalysen der Konstruktion sozialer Probleme und sozialer Kontrolle in institutionellen Kontexten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 13-55

Hahn, Kathrin (2011): Alter, Migration und Soziale Arbeit. Zur Bedeutung von Ethnizität in Beratungsgesprächen der Altenhilfe. Bielefeld: transcript Verlag. S. 107-138.

Haupt, Gernot (2006): Antiziganismus und Sozialarbeit. Berlin: Frank & Timme GmbH.

Hejl, Peter M. (1997): Konstruktion der sozialen Konstruktion. Grundlinien einer konstruktivistischen Sozialtheorie. In: Gumin, Heinz; Meiner, Heinrich (Hrsg.) (1997): Einführung in den Konstruktivismus. München: R. Piper GmbH & Co. KG. S. 109-126

Heuss, Herbert (2011): Roma und Minderheitenrechte in der EU. Anspruch und Wirklichkeit. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2011): Aus Politik und Zeitgeschichte: Sinti und Roma. Berlin. S. 21-26

Koch, Ute (2010): Soziale Konstruktionen und Diskriminierung von Sinti und Roma. In: Hormel, Ulrike /Scherr, Albert (2010), (Hrsg.): Diskriminierung. Grundlagen und Forschungsergebnisse. Wiesbaden: VS Verlag. S. 255-279

Jocham, Anna Lucia (2010): Antiziganismus: Exklusionsrisiken von Sinti und Roma durch Stigmatisierung. Konstanz: Hartung- Gorre Verlag.

Karola e.V. (2012) Konzept: Povernje.

Karola e.V. (2012a): Internetpräsenz des Vereins Karola e.V. Online unter:
<http://www.karola-hamburg.de/cms/projekte> (Zugriff 19.01.2013, 12:00)

Karola e.V. / Stroux, Marily (2012): „Bei uns ist es so.“ Gespräche mit Roma Frauen bei Karola e.V.

Kleve, Heiko (2010): Konstruktivismus und Soziale Arbeit. Einführung in die Grundlagen systemisch-konstruktivistischer Theorie und Praxis. 4., durchgesehene Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Koch, Ute (2005): Herstellung und Reproduktion sozialer Grenzen. Roma in einer westdeutschen Großstadt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kollberg, Britta (2012): Roma-Rechte, Menschenpflichten: Würde, Selbstbestimmung und Inklusion in der sozialen Arbeit. In: Migration und Soziale Arbeit (2012), 34 Jg., H2. Beltz Juventa.

Kopp, Andrea / Striethorst, Anna (2011): Europäische Romapolitik – Die neue Rahmenstrategie der EU. In: Reihe Standpunkte .International. 15/2011. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung. S. 1-4

Krobath, Thomas (2013): Partizipation als organisationsethisches Prinzip und Verfahren. In: Weber, Susanne / Göglich, Michael et. al. (Hrsg.) (2013): Partizipation und Organisation. Wiesbaden: Springer Verlag. S. 61-70

Mihok, Brigitte/ Widmann, Peter (2005): Sinti und Roma als Feindbilder. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2005): Informationen zur politischen Bildung: Vorurteile. Bonn. S. 56-62

Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 11. aktualisierte und überarbeitete Auflage. Weinheim und Basel: Beltz Verlag.

Müller, Burkhardt (1993): Sozialpädagogisches Können. Ein Lehrbuch zur multiperspektivischen Fallarbeit. 1. Auflage. Freiburg im Breisgau: Lambertus.

Nationale Armutskonferenz (2010): Armut und Ausgrenzung überwinden. Erfahrungen. Hintergründe. Perspektiven. Schwalmstadt: Plag GmbH.

Open Society Institute (2002): Monitoring des Minderheitenschutzes in der EU. Die Lage der Sinti und Roma in Deutschland. Zugriff unter:

http://www.opensocietyfoundations.org/sites/default/files/monitorminprogerman_20030101_0.pdf (25.02.2013, 11:00)

OSCE (1990): <http://www.osce.org/de/odihr/elections/14304> (Zugriff: 12.03.2013, 13:00)

Ott, Konrad (2001): Moralbegründungen zur Einführung. 1. Auflage. Hamburg: Junis Verlag.

Schetsche, Michael (1996): Die Karriere sozialer Probleme. Soziologische Einführung. München: Oldenbourg Verlag GmbH.

Simhandl, Katrin (2007): Der Diskurs der EU-Institutionen über die Kategorien „Zigeuner“ und „Roma“. Die Erschließung eines politischen Raumes über die Konzepte von „Antidiskriminierung und „sozialem Einschluss“. Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Nomos Verlag.

Solms, Wilhelm (2007): Kulturloses Volk? Berichte über „Zigeuner“ und Selbstzeugnisse von Sinti und Roma. Marburg: I-Verb.de, Engbring+Romang.

Strauß, Daniel Hrsg.) (2011): Studie zur aktuellen Bildungssituation deutscher Sinti und Roma. Dokumentation und Forschungsbericht. Mannheim.

Sueddeutsche.de (2012): <http://www.sueddeutsche.de/medien/zentralrat-der-roma-und-sinti-zeigt-weltwoche-an-wie-im-nationalsozialismus-1.1329509> (Zugriff: 18.12.2010, 17:00)

Thelen, Peter (2010): Der lange Weg zur politischen Partizipation. In: Thelen, Peter / Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.) (2010): Roma in Europa. Vom Objekt der Ausgrenzung zum Subjekt politischen Handelns. S. 9-81. Online unter:

http://www.fes.org.mk/pdf/romaineuropa_de.pdf (Zugriff: 26.02. 2013)

Uhlmann, Gisela (1989): Gedanken beim Lesen von Praxisberichten. In: Forum KRITISCHE PSYCHOLOGIE. Nr.24. Hamburg / Berlin: Argument Verlag.

Ungarischer Vorsitz (2011): <http://www.eu2011.hu/de/die-gestaltung-der-europaeischen-roma-politik> (Zugriff: 13.01.2013, 17:00)

Urban-Stahl, Ulrike (2012): Der Widerspruch wird hoffähig? In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Nr. 123. 32. Jahrgang. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 69-80.

UNICEF (Hrsg.) (2007): Zur Lage von Kindern aus Roma- Familien in Deutschland. Zusammenfassung der Ergebnisse einer Studie des Zentrums für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin. Online unter:

http://kompass.humanrights.ch/cms/upload/pdf/de/Kinder_deutscheRoma.pdf (Zugriff: 29.01.2013, 12:00)

Weber, Max (1965): Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen: Mohr.

Weisz, Zoni (2011): Ein immer noch vergessener Holocaust. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2011): Aus Politik und Zeitgeschichte: Sinti und Roma. Bonn. S. 3-8.

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma (2011): Arbeitspapier zur EU Strategie.

Eidesstaatliche Erklärung

Ich versichere, dass ich die vorliegende Arbeit ohne fremde Hilfe selbstständig verfasst und nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Wörtlich oder dem Sinn nach aus anderen Werken entnommene Stellen sind in allen Fällen unter Angabe der Quelle kenntlich gemacht.

Hamburg, den

(Jenny Omar)

Anhang

Inhalt

	Seite
Interviewleitfaden „Beruflich aktiv mit Sinti und Roma“	70
Interviewleitfaden „Zukunft statt Herkunft“	71
Konzept des Projekts „Zukunft statt Herkunft“	72

Interviewleitfaden: „Beruflich aktiv mit Sinti und Roma“

1. Können Sie kurz beschreiben, worum es in dem Projekt geht?

Wie kam es zu der Entstehung des Projekts?

2. Woher wissen die TeilnehmerInnen von dem Angebot und wer nimmt daran teil?

3. Wie wird das Projekt finanziert?

War es schwierig, die Finanzierung durch die EU zu bekommen?

Gab es Kompromisse, die Sie eingehen mussten?

4. Seit wann arbeiten Sie mit Sinti und Roma?

5. Welche Auswirkungen hat die Schwerpunktsetzung auf Förderung der Roma auf Sozialarbeit?

6. Spielen Diskriminierungen von Sinti und Roma in der Arbeit eine Rolle?

Wenn ja; Inwiefern?

7. Beraten auch Menschen, die keine Angehörigen der Gruppe sind?

8. Gibt es eine Kultur der Roma?

Ist es wichtig, zu vermitteln, dass es eine Kultur der Roma gibt?

Wieso ist die Förderung der Identität als Roma wichtig?

9. Gibt es Besonderheiten in der Arbeit mit Roma?

Wenn ja; Was macht sie aus?

Wie würden Sie das Projekt gestalten, wenn es keine Roma wären?

10. Gibt es bei den TeilnehmerInnen, ein Bewusstsein Roma zu sein?

11. Wie sehen Sie die Zukunft der Arbeit mit Roma?

12. Möchten Sie noch etwas loswerden?

Interviewleitfaden: „Zukunft statt Herkunft“

1. Können Sie kurz beschreiben, worum es in dem Projekt geht?
2. Woher wissen die TeilnehmerInnen von dem Angebot und wer nimmt daran teil?

3. Wie wird das Projekt finanziert?
4. Seit wann arbeiten Sie mit Sinti und Roma?
5. Welche Auswirkungen hat die Schwerpunktsetzung auf Förderung der Roma auf Sozialarbeit?

5. Spielen Diskriminierungen von Sinti und Roma in der Arbeit eine Rolle?
 Wenn ja; Inwiefern?
6. Spielt es eine Rolle, dass sie eine Nicht-Roma Frau sind?

7. Gibt es eine Kultur der Roma?
8. Gibt es Besonderheiten in der Arbeit mit Roma?
 Wenn ja; Was macht sie aus?
 Wie würden Sie das Projekt gestalten, wenn es keine Roma wären?

- Gibt es bei den TeilnehmerInnen, ein Bewusstsein Roma zu sein?

9. Wie sehen Sie die Zukunft der Arbeit mit Roma?
10. Möchten Sie noch etwas loswerden?

Konzept des Projekts „Zukunft statt Herkunft“

Die Projektbeschreibung des Projekts „Zukunft statt Herkunft“ soll auf Wunsch des Vereins Karola e.V. nicht veröffentlicht werden. Den PrüferInnen liegt das Konzept zur Bewertung jedoch in der ausgedruckten Form vor.